

Die Umsetzung der geschlechterpolitischen Ziele der G7 und der G20 in Deutschland

Update 2023



GERMANY 2022

Abstract

Die Gruppe der Sieben (G7) und die Gruppe der Zwanzig (G20) haben der Gleichstellung der Geschlechter in den vergangenen Jahren zunehmend Bedeutung beigemessen. Im Zuge dessen haben sich die Mitgliedsstaaten beider Institutionen eine Reihe von Zielen gesetzt, die die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen sollen. Dieser Report untersucht, inwieweit diese Ziele in Deutschland umgesetzt wurden. Hierzu werden zunächst die Gleichstellungsziele vorgestellt und systematisiert, die sich beide Gruppierungen seit 2009 gesetzt haben. Der Bericht ergänzt und aktualisiert eine Auswertung von Axel Berger, Sören Hilbrich und Gabriele Köhler aus dem Jahr 2020, untersucht den aktuellen Stand der Umsetzung in Deutschland und beschreibt bereits ergriffene Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele.

Impressum

Herausgegeben von:

Deutscher Frauenrat
Lobby der Frauen in Deutschland e.V. (DF)
Axel-Springer-Str. 54a, 10117 Berlin
kontakt@frauenrat.de
www.frauenrat.de

Die vorliegende Studie ist ein Update aus dem Jahr 2020 und wurde erstmals herausgegeben durch W20 Germany als Kooperation des Deutschen Frauenrats (DF) und des Verbands deutscher Unternehmerinnen (VdU).

Geschäftsführerin

Dr. Anja Nordmann

Projektleitung

Juliane Rosin

Autor*innen

German Institute of Development and Sustainability (IDOS)

Axel Berger
Sören Hilbrich
Gabriele Köhler
Yannick Sudermann

Layout

Stockmann & Wawrzyniak GbR – 123-Berlin-Design

Lektorat Deutscher Frauenrat

Madita Standke-Erdmann, Melanie Taymour

Druck

Repro Central – Martin & Richter GbR

Veröffentlichung

Juni 2023

*Der Deutsche Frauenrat war Gastgeber des Women7-Dialogs 2022 im Rahmen der deutschen G7 Präsidentschaft (W7 Germany). In einem mehrstufigen Konsultationsprozess hat W7 Germany ein internationales Netzwerk feministischer zivilgesellschaftlicher Organisationen und Interessenvertretungen zusammengebracht. Ziel war es, die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der G7-Verhandlungen zu stellen und starke Forderungen an die G7-Staats- und Regierungschef*innen zu formulieren. Der Deutsche Frauenrat ist ein Dachverband von rund 60 bundesweit aktiven Frau-enorganisationen. Der DF vertritt Frauen aus Berufs-, sozial-, gesellschafts- und frauenrechtspolitischen Verbänden, aus Parteien, Gewerkschaften, aus den Kirchen, aus Sport, Kultur, Medien und Wirtschaft.*



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Inhalt

	Abkürzungsverzeichnis	1
	Zusammenfassung	2
1	Einleitung	6
2	Politischer Prozess und Entscheidungen der G7 und G20	8
3	Gleichstellungsziele der G7 und G20 und ihre Umsetzung in Deutschland	10
3.1	<i>Wirtschaftliche Teilhabe: Arbeitsmarktbedingungen, Unternehmerinnen, finanzielle Teilhabe</i>	12
3.1.1	Ziele	12
3.1.2	Umsetzung in Deutschland	14
3.2	<i>Führungs- und Entscheidungspositionen</i>	19
3.2.1	Ziele	19
3.2.2	Umsetzung in Deutschland	20
3.3	<i>Bildung und Ausbildung</i>	21
3.3.1	Ziele	21
3.3.2	Umsetzung in Deutschland	22
3.4	<i>Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt</i>	23
3.4.1	Ziele	23
3.4.2	Umsetzung in Deutschland	25
4	Schlussfolgerung	27
5	Quellenverzeichnis	28
Anhang 1	Gleichstellungsziele in G7- und G20-Dokumenten zwischen 2009 - 2022	35
Anhang 2	Politische Dokumente der G7/8 und G20 von 2009 - 2022	40

Abbildungen

Abbildung 1	Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen in Deutschland nach Geschlecht von 2014 bis 2021	15
--------------------	---	----

Abkürzungsverzeichnis

BAG	Bundesarbeitsgericht
BGBI	Bundesgesetzblatt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimapolitik
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH
EU	Europäische Union
EWG	Employment Working Group (Arbeitsgruppe Beschäftigung)
G7	Gruppe der Sieben
G8	Gruppe der Acht
G20	Gruppe der Zwanzig
GaFöG	Gesetz zur ganzjährigen Förderung von Kindern im Grundschulalter
GEAC	Gender Equality Advisory Council (Gleichstellungsbeirat)
GPE	Global Partnership for Education (Globale Bildungspartnerschaft)
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IMF	Internationaler Währungsfonds
LGBTIQ*	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersex and Queer (Lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell und queer)
NAP	Nationaler Aktionsplan
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
STEM	Science, Technology, Engineering and Mathematics (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik)
STI	Science, Technology, and Innovation (Wissenschaft, Technologie und Innovation)
UN	United Nation (Vereinte Nationen)
WBG	Weltbankgruppe
We-Fi	Women Entrepreneurs Finance Initiative (Initiative zur Finanzierung von Frauen als Unternehmerinnen)
WINDS	Women's Initiative in Developing STEM Career (Initiative zur Förderung von Frauen in den MINT-Fächern)
WPS	Women, Peace, and Security (Frauen, Frieden und Sicherheit)

1 Zusammenfassung

Die Gruppe der Sieben (G7) und die Gruppe der Zwanzig (G20) sind so genannte „Club-Governance-Institutionen“, deren Entscheidungen auf regelmäßigen Treffen zwischen Regierungsvertreter*innen einer exklusiven Gruppe von Ländern getroffen werden. Obwohl sich die Beratungen der Staats- und Regierungschef*innen der G7 und der G20 traditionell auf wirtschaftliche Fragen konzentrieren, verpflichten sie sich mittlerweile auch zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung. Beide Foren verfügen weder über ein Sekretariat noch über eine Organisation, die Politikmaßnahmen eigenständig umsetzen könnte. Auch sind die Beschlüsse der G7 und der G20 nicht rechtsverbindlich. Dennoch haben sie einen gewissen Einfluss innerhalb der Global-Governance-Architektur. Dieser Einfluss zeigt sich in den Auswirkungen von Diskussionen und Vereinbarungen beider Institutionen auf die Politik der Mitgliedsstaaten und verschiedener internationaler Organisationen.

Der jährliche Arbeitsprozess der G7 und G20 gipfelt jeweils in einem **Gipfeltreffen** der Staats- und Regierungschef*innen der Mitgliedsstaaten. Ergebnis der Gipfeltreffen ist das „Kommuniqué der Staats- und Regierungschef*innen“, das neben einer allgemeinen Beschreibung der aktuellen Weltlage auch gemeinsame Zielsetzungen der Mitgliedsstaaten umfasst. Darüber hinaus können die Staats- und Regierungschef*innen noch weitere Erklärungen und Dokumente verabschieden, die von den mit der Vorbereitung des Gipfels beauftragten Arbeitsgruppen ausgearbeitet werden.

In den Anfangsjahren konzentrierten sich sowohl die G7 als auch die G20 auf eng umrissene Wirtschafts- und Finanzthemen. **Beide Foren haben ihre Agenda im Laufe der Jahre** erweitert, sodass ihr Themenspektrum heute von Wirtschaft über Beschäftigung bis hin zur Umwelt reicht. Geschlechterpolitische Fragen spielen in den Gesprächen der G7 und G20 eine immer größere Rolle.

Die in den Erklärungen und Dokumenten der G7 und G20 enthaltenen Beschlüsse lassen sich in **allgemeine Ziele, quantitative Ziele und Zusagen für Politikmaßnahmen** unterteilen. Die allgemeinen Ziele bieten Raum für Interpretation und sind nicht mit konkreten Maßnahmen zur Zielerreichung verknüpft. Die quantitativen Ziele beschreiben zwar genauer, welche Form und Richtung der geforderte Wandel einnehmen soll, doch auch hier werden keine spezifischen Maßnahmen oder Strategien vorgegeben. Politische Zusagen für konkrete Maßnahmen oder Strategien beziehen sich auf mehr oder minder konkret beschriebene Reformen in Form von Gesetzen, Initiativen, Regierungsprogrammen usw.

In Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter haben die G7- und G20-Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren sowohl allgemeine als auch – in weitaus geringerem Maße – quantitative Ziele festgelegt. Darüber hinaus haben sie sich verpflichtet, eine Reihe entsprechender Maßnahmen zur Zielerreichung umzusetzen. Viele dieser Ziele und Maßnahmen betreffen die **wirtschaftliche Teilhabe von Frauen**. Die Gleichstellungsziele beziehen sich darüber hinaus jedoch auch auf die Bereiche **ausgewogene Vertretung von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen**, auf Bildung und Ausbildung sowie auf **geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Frauen**. Seit 2021 gelten die entsprechenden Verpflichtungen der G7 ausdrücklich auch für die Gleichstellung von LGBTIQ*-Personen. Mittlerweile haben die G7 ein jährlich zu aktualisierendes Dashboard zu Schlüsselindikatoren für geschlechtsspezifische Unterschiede in verschiedenen, für den Fortschritt der Gleichstellung relevanten, Politikbereichen eingeführt (G7, 2022).

Als Mitglied der G20 und der G7 ist Deutschland auf die Ziele beider Foren verpflichtet. In den folgenden Abschnitten fasst die Studie die Gleichstellungsziele der G7 und G20 für den Zeitraum von 2009 bis 2022 für die vier oben genannten Politikbereiche zusammen. Sie bewertet die Maßnahmen und Initiativen, die zur Verwirklichung dieser Ziele in Deutschland ergriffen wurden und hierzu beitragen können. Dabei stellt diese Studie eine substantielle Aktualisierung einer ähnlichen, 2020 veröffentlichten Auswertung dar (Berger, Hilbrich, & Köhler, 2020).

Wirtschaftliche Teilhabe: Arbeitsmarktbedingungen, Unternehmerinnen, finanzielle Teilhabe

Der Großteil der Gleichstellungsziele der G7 und G20 beziehen sich auf die wirtschaftliche Situation von Frauen und die Arbeitsmarktbedingungen für Frauen, auf die Probleme, mit denen Unternehmerinnen konfrontiert sind, und auf ihren Zugang zu Finanzdienstleistungen (finanzielle Teilhabe). Erwähnenswert im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung ist hier besonders das Ziel, die Beschäftigungslücke zwischen Frauen und Männern von 2015 bis 2025 um 25 Prozent zu senken (die so genannte „25 by 25“-Initiative). Dieses Ziel wurde erstmals im Rahmen des G20-Prozesses 2014 beim Gipfel in Brisbane formuliert. Auch in den Kommuniqués der G7-Staats- und Regierungschef*innen wurde dieses Ziel benannt. Beide Foren haben erklärt, Lohngleichheit und einen familienfreundlichen Arbeitsmarkt fördern zu wollen. Um Letzteres zu erreichen, wollen die G7-Länder zum Beispiel die Regelungen zur Elternzeit verbessern.

Sowohl die G7 als auch die G20 unterstützen die Ziele der Förderung von Unternehmerinnen und der Verbesserung der finanziellen Teilhabe von frauengeführten Unternehmen. Die Erklärungen und Dokumente beider Foren enthalten Verpflichtungen zu verschiedenen diesbezüglichen Maßnahmen und Strategien. So sollen erfolgreiche Unternehmerinnen als Vorbilder sichtbar gemacht und die Vernetzung, Weiterbildung und Schulung sowie das Mentoring verbessert werden. Die G7- und G20-Staaten haben sich außerdem verpflichtet, den Zugang von Unternehmerinnen zu Finanzkapital zu verbessern.

Ähnlich wie auch andere G7- und G20-Mitgliedsstaaten ist Deutschland weit davon entfernt, Geschlechtergleichstellung zu erreichen, insbesondere in der Wirtschaft und hier vor allem am Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsquoten von Frauen liegen nach wie vor unter denen von Männern. Die Beschäftigungslücke hat sich seit 2014 nur um etwa einen Prozentpunkt verringert, dennoch stellt dies einen kleinen Fortschritt in Bezug auf das quantitative G20-Ziel zur Beschäftigung dar. 2022 wird das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern 18 Prozent betragen, ein Rückgang gegenüber den 22 Prozent im Jahr 2014 (Statistisches Bundesamt, 2023a). Mit dem 2017 verabschiedeten Entgelttransparenzgesetz hat Deutschland die Gleichstellung in diesem Bereich gefördert. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2014 und dessen Anhebung auf 12 Euro pro Stunde im Jahr 2022 trägt möglicherweise ebenfalls zum Abbau des Lohngefälle bei, da weit mehr Frauen als Männer im Niedriglohnssektor und Teilzeit arbeiten (Bundesregierung, 2021b, S. 6).

Was die G7- und G20-Ziele zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft, so zielt das 2018 verabschiedete und 2022 aktualisierte Gute-KiTa-Gesetz ¹ darauf ab, das Betreuungsangebot in Krippen und anderen Kinderbetreuungseinrichtungen bis 2024 zu verbessern. Darüber hinaus haben Eltern seit 2007 Anspruch auf Elterngeld in Höhe von 65 Prozent ihres vorherigen Einkommens (mit einer Obergrenze von 1.800 Euro) für bis zu 14 Monate nach der Geburt oder Adoption eines Kindes sowie seit 2015 Anspruch auf eine längere Elternzeit, die vor allem darauf abzielt, die Beteiligung von Männern an der Kinderbetreuung zu erhöhen. 2007 nahmen nur 20,2 Prozent der Väter in Deutschland Elternzeit, Mitte 2020 lag ihr Anteil bei 44,1 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2022b).

Auch zur Umsetzung der G7- und G20-Ziele zur Förderung von Unternehmerinnen muss Deutschland mehr tun. Unternehmerinnen erhalten häufig weniger Fördermittel als ihre männlichen Kollegen. Eine in den letzten Jahren in Deutschland umgesetzten Fördermaßnahme ist die Initiative „FRAUEN unternehmen“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), die Unternehmerinnen unter anderem Beratungsleistungen und Vernetzungsmöglichkeiten anbietet. Über solche Einzelinitiativen hinaus gibt es jedoch keine umfassenden Strategien, die speziell auf die Förderung von Unternehmerinnen in Deutschland abzielen.

¹ Bundesgesetzblatt Jahrgang 2022 Teil I Nr. 56, Bonn, Stand: 28. Dezember 2022.

Führungs- und Entscheidungspositionen

Sowohl die G7 als auch die G20 haben sich wiederholt zu dem allgemeinen Ziel verpflichtet, den Zugang von Frauen zu Führungs- und Entscheidungspositionen zu verbessern (siehe Anhang 1). Allerdings enthalten nur die Erklärungen der G7 Verpflichtungen zu spezifischen politischen Maßnahmen und Strategien. Laut dem G7-Fahrplan für ein geschlechtergerechtes Wirtschaftsumfeld (G7, 2017) zielt die G7 beispielsweise darauf ab, die Vertretung von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft durch Managementschulungen und den Einsatz von Gleichstellungssiegeln/Zertifizierungen zu verbessern.

Frauen sind in Deutschland deutlich weniger in Führungspositionen vertreten als Männer. So waren 2022 trotz eines rasanten Anstiegs in den letzten zehn Jahren nur 21,8 Prozent der Vorstandspositionen von DAX30/DAX40-Unternehmen mit Frauen besetzt (Statista, 2023). Eine Maßnahme zum Abbau dieses Ungleichgewichts, die den Zielen der G7 und G20 entspricht, ist das 2015 verabschiedete „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“. ² Erste Ergebnisse zeigen, dass die verpflichtende Quote dort, wo sie gilt, zu einem Anstieg des Frauenanteils in Führungspositionen führt. Wo eine solche Quote fehlt, erreichen Frauen seltener Führungspositionen. Die Bundesregierung hat das Gesetz daher 2021 weiter verschärft (FüPoGII) und dabei als zentrales Element der Novelle eine Mindestbeteiligung von Frauen in Aufsichtsräten mit mehr als drei Mitgliedern in großen deutschen Unternehmen eingeführt. ³

Bildung und Ausbildung

Seit einigen Jahren haben auch die G7 und die G20 die Bedeutung der Gleichstellungspolitik im Bereich Bildung und Ausbildung erkannt. Zu den Strategien, zu denen sich die G7 hier verpflichtet hat, zählen die Ausweitung von Förderprogrammen in Bereichen mit unausgewogenem Frauenanteil, die Verbesserung des Lernumfelds sowie die Ausbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen in geschlechtersensiblen Lehrmethoden. Beide Foren legen dabei den Schwerpunkt auf Bildungschancen für Frauen und Mädchen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Im Jahr 2021 verpflichtete sich die G7 im Rahmen von Ziel 4 der Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung) unter anderem zu der Zielsetzung, dass „weitere 40 Millionen Mädchen [...] bis 2026 in Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen Bildungseinrichtungen besuchen“ (G7, 2021, S. 19) sowie dazu, die Globale Partnerschaft für Bildung (GPE) in den fünf Folgejahren mit mindestens 2,75 Milliarden US-Dollar zu unterstützen. Mit Blick auf die Entwicklungsländer verpflichteten sich die G7 im Jahr 2015, Maßnahmen zu ergreifen, um die Zahl der Frauen in beruflicher Aus- und Weiterbildung bis 2030 um ein Drittel zu erhöhen. Außerdem wurde auf dem G7-Gipfel 2018 zugesagt, 2,9 Milliarden US-Dollar für ein Bildungsprogramm für Mädchen in Krisenländern bereitzustellen.

In Deutschland gibt es unter anderem die Initiative „Klischeefrei“ sowie den „Girls‘ Day“ und den „Boys‘ Day“, die alle darauf abzielen, Geschlechterstereotypen entgegenzuwirken und so die Bildungschancen von Mädchen und Frauen in Bereichen zu verbessern, in denen sie traditionell unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus gibt es Bemühungen, den Mangel an Frauen in Forschung und Lehre (insbesondere im Hochschulbereich) zu beheben. Die Programme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit umfassen einige wenige Maßnahmen zur Umsetzung des G7-Ziels, die Anzahl von Frauen zu erhöhen, die in Entwicklungsländern eine berufliche Aus- bzw. Weiterbildung machen.

² „Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.“

³ „Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“, Bundesgesetzblatt Jahrgang 2021 Teil I Nr. 51, https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl121s3311.pdf#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl121s3311.pdf%27%5D_1679912154617

Geschlechtsspezifische Gewalt

Sowohl die G7 als auch die G20 haben sich dem allgemeinen Ziel verschrieben, einen Rückgang von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Frauen herbeizuführen. Allerdings haben nur die G7-Länder spezifische Maßnahmen zur Förderung dieses Ziels festgelegt und erwähnen in diesem Zusammenhang auch LGBTIQ*-Personen. Zu den beschlossenen Maßnahmen zählen die Ausarbeitung nationaler Strategien zur Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Frauen, die Schaffung sicherer Räume für die von Gewalt Betroffenen und die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für Organisationen, die sich für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewalt gegen Frauen einsetzen. Geplant sind auch Sensibilisierungskampagnen gegen sexuelle und geschlechtsspezifische Belästigung in der digitalen Sphäre.

Deutschland hat 2017 das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ratifiziert, das 2018 in Kraft getreten ist. 1985 hatte Deutschland bereits das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ratifiziert. Außerdem hat Deutschland das „Aktionsprogramm gegen Gewalt an Frauen“ aufgelegt, das unter anderem darauf abzielt, Länder und Kommunen bei der Entwicklung bedarfsgerechter Systeme zur Unterstützung gewaltbetroffener Frauen zu unterstützen.

Deutschland hat also eindeutig Schritte zur Umsetzung der G7- und G20-Ziele unternommen, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifischer Gewalt (s. a. Bundesregierung, 2021a). Die Ziele sind jedoch lange noch nicht erreicht, und die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um zu gewährleisten, dass sie in Zukunft erreicht werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie, die vor allem während der Lockdowns zu einem Anstieg der Gewalt gegen Frauen geführt hat, und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, der zu einem großen Zustrom von ukrainischen Geflüchteten nach Deutschland geführt hat, der Großteil von ihnen Frauen und Kinder, die gezielte Unterstützung und Schutz vor Gewalt benötigen.

1 Einleitung ⁴

Die Staats- und Regierungschef*innen der Gruppe der Sieben (G7) und der Gruppe der Zwanzig (G20) erörtern zunehmend auch geschlechterpolitische Fragen.⁵ Seit 2009 thematisieren ihre jeweiligen Kommuniqués die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen, ihre Sicherheit, Bildung und Ausbildung. Diese thematische Ausweitung der G7- und G20-Agenda verdeutlicht, dass die Gleichstellung der Geschlechter auf internationaler Ebene stärker in den Mittelpunkt gerückt wird⁶, auch jenseits von Foren wie dem Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung von Frauen (CEDAW) und den Zielen für nachhaltige Entwicklung der UN.

Ähnlich wie andere internationale Prozesse spielen die G7 und die G20 eine Agenda-setzende Rolle im Bereich der internationalen Politik. Obgleich die Entscheidungen der beiden Foren nicht bindend sind, beeinflussen ihre Diskussionen den internationalen Diskurs und damit auch nationale Politik und Strategien.⁷

In diesem aktualisierten Bericht wird untersucht, wie die gleichstellungsbezogenen Ziele der G7 und G20 seit 2009 in Deutschland umgesetzt wurden.⁸ Um die relevanten Ziele zu ermitteln, haben die Autor*innen die Kommuniqués der G7- und G20-Staats- und Regierungschef*innen aus dem Zeitraum 2009 bis 2022 systematisch auf gleichstellungsrelevante Abschnitte hin untersucht. Die gleichstellungsrelevanten Ziele beider Foren finden sich dabei in vier Hauptbereichen: wirtschaftliche Teilhabe, Führungs- und Entscheidungspositionen, Bildung und Ausbildung sowie Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt. Seit ihren Kommuniqués von 2021 und 2022 haben die Staats- und Regierungschef*innen der G7 ausdrücklich die Gleichstellung von LGBTIQ*-Personen in ihre Verpflichtungen einbezogen (G7, 2021, S. 23).

⁴ Wir danken Caroline Ausserer, Laura Gey, Madita Standke-Erdmann und Melanie Taymour vom Deutschen Frauenrat sowie Clara Brandi, Adolf Kloke-Lesch und Jakob Schwab vom German Institute of Development and Sustainability (IDOS) für ihr hilfreiches Feedback zu früheren Versionen dieser Studie. Wir danken auch Florian Gitt, Nora Immink, Franklin Zummach, Georgios Moschopoulos und Ilia Zheltov für ihre Unterstützung bei der Recherche und der Abfassung des Berichts.

⁵ Die G7 umfasst Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, Großbritannien und die USA. In der G20 mit ihrer breiteren Mitgliederbasis treffen Staaten unterschiedlicher Einkommensniveaus und politischer Ausrichtung zusammen. Zu den Mitgliedern der G20 zählen neben den genannten G7-Staaten auch Argentinien, Australien, Brasilien, China, die EU, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea und die Türkei.

⁶ Mit „Geschlechtergleichstellung“ ist die Gleichstellung von Personen sämtlicher Geschlechtsidentitäten gemeint. Zwar spiegelt die Einbeziehung der Situation von LGBTIQ*-Personen in den jüngsten Erklärungen der G7 ein Verständnis von Geschlechtergleichstellung wider, das auch nicht-binäre Geschlechtsidentitäten anerkennt, zahlreiche bisherige Verpflichtungen der G7 und G20 beziehen sich jedoch ausschließlich auf die Gleichstellung von Frauen und Männern.

⁷ In Bezug auf die Vereinten Nationen analysiert Kaltenborn (2020), wie sich Verträge und Vereinbarungen zu Menschenrechten in der nationalen Gesetzgebung niederschlagen können. Die Grenzen zwischen verbindlichen Verträgen und Abkommen und nicht-verbindlichen UN-Resolutionen (soft law) sind fließend. Zum Einfluss von verbindlichen UN-Resolutionen und -Verträgen auf die Geschlechterpolitik in Deutschland siehe CEDAW-Bündnis Deutschland (2019) unter Bezugnahme auf die Frauenrechtskonvention (UN, 1979), zu der die Bundesregierung einen Bericht erstellt und zu deren Empfehlungen sie Stellung nehmen muss. Zum Einfluss unverbindlicher UN-Dokumente, wie der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung (UN, 2015), siehe Birkenkötter, Köhler und Stock (2019).

⁸ Die ursprüngliche Version dieser Studie (Berger, Hilbrich, & Köhler, 2020) umfasste nur den Zeitraum von 2009-2019.

Für jeden der vier Politikbereiche werden im Bericht detailliert die politischen Initiativen und Gesetzesänderungen dargestellt, die in Deutschland zur Umsetzung der Ziele beitragen. Zu diesem Zweck haben die Autor*innen die jeweiligen Gesetze und Programme auf Grundlage frei zugänglicher Quellen herangezogen.⁹ Dabei hat sich die G7/G20-Dokumentendatenbank als äußerst wertvolles Instrument erwiesen.¹⁰ Statistiken veranschaulichen darüber hinaus, inwieweit die quantitativen Ziele der G7 und G20 bisher erreicht wurden.

Die Absicht dieses Berichts ist es nicht, zu bewerten, inwieweit die Ziele der G7 und G20 zur Verbesserung der Gleichstellung und der Geschlechtergerechtigkeit beitragen. Es geht uns vielmehr darum, die politischen Initiativen der Bundesregierung an den Verpflichtungen zu messen, die sie im Rahmen dieser beiden Foren eingegangen ist. Die Erfolge in Deutschland und der Beitrag, den Gesetze und Initiativen zur Zielerreichung geleistet haben, lassen sich jedoch nur bedingt beurteilen. Ein Grund dafür ist, dass die von den Staats- und Regierungschef*innen der G7 und G20 formulierten Ziele überwiegend allgemeiner Natur sind und oft messbare Indikatoren fehlen. Dennoch kann die in dieser Studie vorgenommene Bewertung der deutschen Gesetzgebung im Vergleich zu den G7- und G20-Zielen einen Hinweis darauf geben, welche Anstrengungen Deutschland unternommen hat, um die entsprechenden Gleichstellungsmaßnahmen umzusetzen.

Der Aktualisierungszeitraum (2020-2022) wurde maßgeblich durch zwei Ereignisse von globaler Tragweite geprägt, die auch Auswirkungen auf Gleichstellungsfragen hatten. Erstens ist dies die Anfang 2020 beginnende Covid-19-Pandemie mit all ihren sozioökonomischen, gesundheitspezifischen und gewaltbezogenen Folgen (darunter die Zunahme häuslicher Gewalt), besonders für Frauen. Zweitens der seit Februar 2022 herrschende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der zu einem erheblichen Zustrom ukrainischer Geflüchteter nach Deutschland geführt hat, die meisten von ihnen Frauen und Kinder.

Nach der Bundestagswahl 2021 wurde außerdem eine Koalitionsregierung aus SPD, Grünen und FDP gebildet. In ihrem Koalitionsvertrag haben die Parteien einen ehrgeizigen gleichstellungspolitischen Fahrplan festgelegt, der als zusätzlicher Bezugspunkt für diesen aktualisierten Bericht dient (Bundesregierung, 2021b).

Im Koalitionsvertrag vom November 2021 erklärt die neue Regierung: „Wir stärken die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen wie LSBTI. Die gleichberechtigte politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe, die Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte von Frauen und Mädchen sowie der uneingeschränkte Zugang zu gleichwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung sind für uns zentral“ (Bundesregierung, 2021b, S. 152). Als zentrales Element des Koalitionsvertrages und als Wegweiser für die rechtliche Gleichstellung von LGBTIQ*-Personen in Deutschland verabschiedete die Bundesregierung im November 2022 den Aktionsplan „Queer leben“ (BMFSFJ, 2022a).¹¹

⁹ Folgende Quellen wurden herangezogen: das Bundesgesetzblatt (BGBl) für die Jahre 2016 bis 2022 sowie die Internetseiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi), des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV). Berücksichtigt wurden auch parlamentarische Anfragen der politischen Parteien. Hilfreich zur Bewertung der Fortschritt in den Bereichen Frauen- und Gleichstellungspolitik ist auch die frauenpolitische Halbzeitbilanz des Deutschen Frauenrates zur Politik der Bundesregierung. Die Bilanz bezieht sich auf den Koalitionsvertrag und nicht auf G7- oder G20-Dokumente, fasst aber die gleichstellungspolitischen Fortschritte und Schwachstellen in der Gesetzgebung zusammen. Siehe Deutscher Frauenrat (2019). Die Stellungnahme des CEDAW-Bündnisses Deutschland (2019) wurde als Vergleichsdokument herangezogen.

¹⁰ Siehe <https://g7g20-documents.org> – letzter Zugriff 20.05.2023

¹¹ Auch ohne direkten Bezug auf die G7 kann der Aktionsplan im Kontext der G7-Verpflichtungen gesehen werden. Das Dokument konzentriert sich auf die sechs Handlungsfelder rechtliche Anerkennung, Partizipation, Sicherheit, Gesundheit, Stärkung von Beratungs- und Gemeindefunktionen sowie Internationales und geht damit über die vier genannten gleichstellungspolitischen Schwerpunktthemen der G7 hinaus.

Der als Meilenstein geltende Aktionsplan soll die Akzeptanz und den Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt stärken und die Rechte von LGBTQI*-Personen in Deutschland fördern. Da die Auftaktveranstaltung zum Aktionsplan erst am 20. März 2023 stattfand, kann über den Stand der Umsetzung erst in Zukunft berichtet werden. Der Koalitionsvertrag spricht darüber hinaus explizit die vier Politikfelder wirtschaftliche Teilhabe, Führungs- und Entscheidungspositionen, Bildung und Ausbildung sowie geschlechtsspezifische Gewalt/Gewalt gegen Frauen sowie den Bereich Gesundheit an. Außerdem bekennt sich die Koalition im Rahmen einer feministischen Außenpolitik zur globalen Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt und zur Stärkung der Rechte, Ressourcen und Repräsentation von Frauen und Mädchen (3R) – ein Bezug auf die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Dieses Bekenntnis steht im Einklang mit dem Kommuniké der G7-Staats- und Regierungschef*innen von 2022 – in dem erstmalig in einem offiziellen G7-Dokument der Begriff „feministisch“ im Zusammenhang mit Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik genannt wird – und wurde schließlich mit der Veröffentlichung von Strategien für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik am 1. März 2023 weiter konkretisiert.¹² Inwieweit diese tatsächlich umgesetzt werden, sollte Gegenstand zukünftiger Evaluierungen sein.

Im Folgenden wird zunächst der politische Prozess der G7 und der G20 beschrieben, aus dem die gleichstellungsbezogenen Ziele beider Foren hervorgehen. Dabei werden die verschiedenen Arten von Zielen der G7 und G20 umrissen (Abschnitt 2). Anschließend werden die jeweiligen gleichstellungsrelevanten Ziele der G7 und G20 in den vier Politikfeldern (wirtschaftliche Teilhabe, Führungs- und Entscheidungspositionen, Bildung und Ausbildung sowie Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt) identifiziert und ihre Umsetzung in Deutschland untersucht (Abschnitt 3). Abschnitt 4 fasst die Ergebnisse des Berichts zusammen und benennt Politikbereiche, die in Zukunft einer genaueren Betrachtung bedürfen: die feministische Außen- und Entwicklungspolitik sowie der Bereich Gesundheit.

2 Politischer Prozess und Entscheidungen der G7 und G20

Die G7 trafen erstmals in den 1970er Jahren zu Gesprächen zusammen. Der Austausch auf Ebene der Staats- und Regierungschef*innen der G20 findet seit 2008 statt. Als so genannte Club-Governance-Formate dienen beide Foren als Plattform für informelle Gespräche und politische Koordination zwischen den Regierungen der teilnehmenden Länder. Die G7 – zu der neben den derzeitigen Mitgliedstaaten von 1998 bis 2014 auch Russland gehörte – wurde 1975 als Reaktion auf die Ölkrise von 1973 und den darauffolgenden Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse gegründet. Die G20 wurde 1999 von den Finanzminister*innen und den Zentralbankdirektor*innen als Reaktion auf die Finanzkrisen gegründet, von denen verschiedene Schwellenländer in den späten 1990er Jahren betroffen waren. 2008 trafen die Staats- und Regierungschef*innen erstmalig zum G20-Gipfel in Washington zusammen, um über die Bewältigung der globalen Finanzkrise zu beraten. Obwohl sich sowohl die G7 als auch die G20 anfangs auf Finanz- und Wirtschaftsthemen konzentrierten, hat sich ihre Agenda im Laufe der Jahre stark erweitert und umfasst heute auch Themen wie Sicherheit, Klimawandel, Migration, Gesundheit und Entwicklungspolitik.¹³ Im Zuge dieser thematischen Erweiterung wurde auch Fragen der Gleichstellung der Geschlechter mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

¹² BMZ (2023), Auswärtiges Amt (2023). Für eine umfassende kritische Bewertung siehe Deutscher Frauenrat (2023) und Women7 (2022).

¹³ Für eine Analyse der (umstrittenen) Rolle der Club-Governance in der globalen Governance-Architektur siehe z. B. Cooper und Thakur (2013), Hajnal (2016) und Scholte (2016). Für eine aktuelle Analyse der G20 siehe Berger, Grimm und Cooper (2020).

Die wichtigsten Beschlüsse der G7 und G20 finden sich in einer Reihe gemeinsamer Ziele, die als Commitments (politische Zusagen) bezeichnet werden. Diese sind völkerrechtlich nicht bindend, sondern als Absichtserklärungen der Staats- und Regierungschef*innen zu verstehen. Sie sollen die internationale Zusammenarbeit stärken und Maßnahmen der internationalen Organisationen sowie innerstaatliche Reformprozesse anstoßen. Die Mandate und Arbeitsprozesse der G7 und G20 beruhen nicht auf internationalen Verträgen, sondern sind durch informelle Absprachen und Abläufe geprägt. Keins der beiden Foren verfügt über ein eigenes Sekretariat, doch beide Organisationen arbeiten bei bestimmten Themen mit internationalen Organisationen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltbankgruppe (WBG) zusammen. Diese Organisationen führen Analysen durch und helfen so, die Entscheidungen der G7 und der G20 vorzubereiten, außerdem beteiligen sie sich am Entscheidungsprozess und bieten Unterstützung bei der Umsetzung der Ziele (Gstöhl, 2006).

Höhepunkt der jährlichen G7- und G20-Prozesse sind die jeweiligen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschef*innen.¹⁴ Vorbereitet werden die Gipfel durch verschiedene themenbezogenen Arbeitsgruppen, in denen Vertreter*innen der zuständigen Ministerien der Mitgliedsstaaten zusammentreffen, um international relevante politische Themen zu besprechen, gemeinsame Ziele zu formulieren und gemeinsame politische Initiativen zu entwickeln. Neben den Gipfeltreffen und den vorbereitenden Arbeitsgruppen finden im Rahmen der G7- und G20-Prozesse auch Minister*innentreffen statt, bei denen oft zusätzliche öffentliche Erklärungen vereinbart werden. So war die Gleichstellung beispielsweise ein zentrales Thema der Arbeitsgruppe „Beschäftigung“ (Employment Working Group/EWG) im G20-Prozess. Die für die Gleichstellung zuständigen Minister*innen treffen sich regelmäßig im Rahmen des G7-Prozesses.

Der Regierung des Vorsitzlandes kommt in den G7/G20-Prozessen eine besondere Stellung zu, denn ihr Land bestimmt die Tagesordnung, entscheidet, welche Minister*innentreffen einberufen werden, und organisiert die Arbeitsgruppensitzungen und den Gipfel. Die Präsidentschaft wird von den Mitgliedstaaten nach dem Rotationsprinzip jeweils für ein Jahr übernommen.

Neben den Arbeitsgruppen umfassen die G7- und G20-Prozesse eine Reihe von Dialogen mit Gruppen aus der Zivilgesellschaft, Wirtschaftsvertreter*innen und Expert*innen aus Wissenschaft und Forschung, die Politikvorschläge und Empfehlungen für die G20 und die G7 erarbeiten. Gleichstellungsfragen spielen vor allem in den dialogbasierten Prozessen Women7 (W7) und Women20 (W20) der G7 bzw. G20 eine Rolle, aber auch in anderen unterstützenden Formaten, darunter die Prozesse von Think Tanks, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften.

Wichtigste Abschlussdokumente der G7- und G20-Prozesse sind die jeweiligen Communiqués und Erklärungen der Staats- und Regierungschef*innen. Diese Dokumente enthalten neben allgemeinen Einschätzungen der Weltwirtschaft und der globalen politischen Entwicklungen auch staatliche und politische Zielsetzungen sowie Aufforderungen an internationale Organisationen und nationale Regierungen, bestimmte Maßnahmen umzusetzen. Einzelne G7- und G20-Arbeitsgruppen veröffentlichen darüber hinaus zusätzliche Erklärungen, in denen themenbezogene Ziele und Aktivitäten der beiden Foren beschrieben werden. In manchen Fällen werden diese Dokumente dem Communiqué der Staats- und Regierungschef*innen als Anhang beigelegt. Außerdem können diese Arbeitsgruppensitzungsdokumente in den Communiqués bzw. Erklärungen erwähnt oder angenommen werden oder in deren Formulierungen einfließen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen¹⁵

¹⁴ Im Rahmen des G20-Prozesses findet auch ein Gipfeltreffen der Finanzminister*innen und Zentralbankchef*innen statt. Die Vorbereitungen für diesen Gipfel haben eine gewisse Unabhängigkeit vom übrigen G20-Prozess bewahrt. Dies lässt sich historisch dadurch erklären, dass Treffen der G20-Finanzminister*innen und -Zentralbankchef*innen bereits lange vor der Einführung der G20-Gipfel der Staats- und Regierungschef*innen stattgefunden haben.

¹⁵ Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die klimarelevanten Beschlüsse der G7 und G20, die seit dem G7-Gipfel in Taormina 2017 und dem G20-Gipfel in Hamburg im selben Jahr von allen Ländern mit Ausnahme der Vereinigten Staaten unter der Trump-Regierung angenommen wurden.

enthalten die Dokumente nur jene Positionen und Ziele, zu denen Konsens unter den Staats- und Regierungschef*innen gefunden wurde.

Außerdem können diese Arbeitsgruppendokumente in den Kommuniqués bzw. Erklärungen erwähnt oder angenommen werden oder in deren Formulierungen einfließen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen enthalten die Dokumente nur jene Positionen und Ziele, zu denen Konsens unter den Staats- und Regierungschef*innen gefunden wurde.

Die Ziele der G7 und der G20 können sich auf Jurisdiktionen von Mitgliedsstaaten oder anderen Ländern beziehen. Diese Untersuchung unterscheidet zwischen allgemeinen Zielen, quantitativen Zielen und Zusagen zur Umsetzung bestimmter Maßnahmen. Allgemeine Ziele drücken eine Absicht hinsichtlich zukünftiger Bedingungen aus, ohne jedoch konkrete Maßnahmen oder Strategien zur Verwirklichung dieser Bedingungen zu beschreiben. **Allgemeine Ziele** lassen auch Spielraum für Interpretationen dazu, wie die gewünschte Veränderung genau aussehen soll. Beispiele für Formulierungen von allgemeinen Zielen im Sinne dieser Definition sind zum Beispiel: „Die Stärkung des Wachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen haben für uns oberste Priorität“ (G20, 2013) und „Die G7 tritt für einen offenen und gerechten Welthandel [...] ein“ (G7, 2019).¹⁶

Quantitative Ziele im Sinne dieser Studie sind Ziele, die ebenfalls keine konkreten Maßnahmen zu ihrer Erreichung vorsehen, dabei jedoch im Gegensatz zu allgemeinen Zielen die konkrete Form und das Ausmaß der gewünschten Veränderungen beschreiben. Ein Beispiel für ein quantitatives Ziel ist die im G20-Kommuniqué von Brisbane (2014) erklärte Absicht, das Bruttoinlandsprodukt der G20 bis 2018 mindestens um weitere 2 Prozent zu steigern (Callaghan, 2015). Mit Methoden der quantitativen Sozialforschung ist es zumindest theoretisch möglich zu messen, inwieweit quantitative Ziele erreicht werden.

Darüber hinaus enthalten die Kommuniqués der Staats- und Regierungschef*innen der G7- und G20-Gipfel Zusagen zur Umsetzung (oder Unterlassung) bestimmter Maßnahmen und nennen die dafür verantwortlichen Akteure (in den meisten Fällen sind dies die Regierungen der G7- oder G20-Mitgliedstaaten oder andere internationale Organisationen). Ein solches Beispiel ist die Zusage der G20-Länder, während der globalen Finanzkrise 2008 keine protektionistischen Maßnahmen einzuführen.

Zwischen den drei Arten von Zielen zu unterscheiden ist nicht immer einfach, zumal sie häufig aufeinander aufbauen. So verfolgt die G20 beispielsweise seit ihrer Gründung das allgemeine Ziel, das Wirtschaftswachstum zu fördern. Darüber hinaus hat sie auf dem Gipfel 2014 ein quantitatives Ziel festgelegt und im Laufe der Jahre eine Reihe spezifischer Wirtschaftsreformen beschlossen, mit deren Hilfe dieses Ziel erreicht werden soll. Die handelsbezogenen Verpflichtungen der G20 zeigen, dass Ziele mit der Zeit auch aufgegeben werden können. So gaben die Staats- und Regierungschef*innen auf dem Gipfel 2018 ihre Zusage zum nachweislichen Verzicht auf protektionistische Maßnahmen auf und ersetzten sie durch das allgemeine Ziel, die Märkte offen zu halten.

3 Gleichstellungsziele der G7 und G20 und ihre Umsetzung in Deutschland

Gleichstellungsziele sind in den Kommuniqués der Staats- und Regierungschef*innen der G7 seit langem und seit 2012 auch in jenen der G20 enthalten (s. Anhang 1). Beide Foren messen der Gleichstellung der Geschlechter mittlerweile mehr Wert bei, wobei die G7 traditionell eher gesellschaftspolitische Aspekte wie Bildungschancen oder Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt in den Mittelpunkt gestellt hat, die G20 dagegen vor allem wirtschaftliche Aspekte wie die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen.

¹⁶ Die Zitate hier und im Folgenden beziehen sich auf Erklärungen bzw. Kommuniqués der Staats- und Regierungschef*innen der G7 und G20. Die Erklärungen/Kommuniqués der G7- und G20-Staats- und Regierungschef*innen seit 2009 sind in Anhang 2 aufgeführt.

Da beide Foren seit einigen Jahren stärker auf Gleichstellungsfragen eingehen, haben sich die Erklärungen der G7 und der G20 seit 2017 thematisch angenähert. Allerdings geht nur die G7 in ihren Kommuniqués explizit auf die Situation von LGBTIQ* ein (G7, 2021, S. 23; 2022).

Die Gleichstellungsziele in den politischen Dokumenten der G7 und G20 betreffen verschiedene Politikbereiche. So hat sich die G7 im Mai 2012 erstmalig dem Ziel verpflichtet, die Menschenrechte von Frauen allgemein zu verbessern. Darüber hinaus war die durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung der Geschlechter ein erklärtes Ziel der G7 in den Jahren 2016 und 2017 und der G20 2018. Das Kommuniqué der G20-Staats- und Regierungschef*innen 2019 umfasst einen eigenen Abschnitt zum Thema „Aktive Teilhabe von Frauen“. 2022 verpflichteten sich die Staats- und Regierungschef*innen der G7 außerdem erstmalig, „im Geiste einer feministischen Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik“ zu handeln (G7, 2022, S. 23). Dieses Bekenntnis wird jedoch lediglich im Abschnitt zur Entwicklungspolitik aufgegriffen und findet nicht konsistent im gesamten Kommuniqué Eingang. Darüber hinaus wird der Verweis auf eine feministische Außen-, Entwicklungs- und Handelspolitik nicht durch Zusagen zu konkreten Umsetzungsschritten und finanziellen Beiträgen untermauert (Women7, 2022, S. 18).

Seit 2018 berufen die G7-Vorsitzländer einen unabhängigen Beirat für Gleichstellungsfragen (Gender Equality Advisory Council, GEAC) ein, der auf Grundlage wissenschaftlicher Expertise Empfehlungen zur Gleichstellung der Geschlechter erarbeitet (G7, 2018; 2019; 2021; 2022). Der GEAC ist den Grundprinzipien der Freiheit, der Chancengleichheit und der Würde von Frauen und Mädchen weltweit verpflichtet. So widmete sich der GEAC 2021, mitten in der Covid-19-Pandemie, dem Thema „Building Back Better for Women and Girls“, um sicherzustellen, dass Frauen, Mädchen und LGBTIQ*-Personen beim Erholungsprozess nach der Pandemie nicht übersehen werden, wie es während der Pandemie so oft der Fall war (GEAC, 2021). Unter anderem griff der GEAC die Idee eines G7-Mechanismus zur Überwachung der Gleichstellung und zur Rechenschaftspflicht auf: Auf Grundlage der GEAC- und W7-Empfehlungen zur Stärkung der Rechenschaftspflicht für die Verwirklichung der Gleichstellung einigten sich die G7-Staaten 2022 auf das G7 Dashboard on Gender Gaps (G7, 2022). Der Mechanismus wurde Ende desselben Jahres eingeführt. Dabei sollte jedoch erwähnt werden, dass zivilgesellschaftliche Akteure das Dashboard kritisieren, da es keine Angaben zu Ressourcen macht, keine beschreibenden oder analytischen Elementen enthält und die Quellenangaben zu den enthaltenen Diagrammen fehlen (Women7, 2022, S. 23).

Querschnittsthemen in den Kommuniqués der Staats- und Regierungschef*innen der G7 und der G20 sind seit 2020 die gesundheitlichen und sozioökonomischen Folgen der Covid-19-Pandemie sowie die globalen Bemühungen zur Pandemiebekämpfung. Da Frauen unverhältnismäßig stark von der Pandemie betroffen sind, wird sich die G20 „darum bemühen sicherzustellen, dass die Pandemie die Ungleichbehandlung der Geschlechter nicht noch weiter verstärkt“ (G20, 2020, S. 9). Dieses allgemeine Ziel wurde in den folgenden Jahren weiterhin genannt und durch eine Fülle von gleichstellungsbezogenen Zielen ergänzt (G20, 2021; 2022). Auch für die G7 ist die Unverhältnismäßigkeit offensichtlich, mit der die negativen Auswirkungen Frauen und Mädchen betreffen (G20, 2021; 2022). Daher streben die G7-Mitglieder weiterhin „einen starken, nachhaltigen, ausgewogenen, geschlechtergerechten und inklusiven weltweiten Wiederaufschwung an“ (G7, 2022, S. 10). Wie die anderen gleichstellungsbezogenen Ziele, die in den Kommuniqués der Staats- und Regierungschef*innen der G7 und G20 enthalten sind, können die Gleichstellung der Geschlechter und die Covid-19-bezogenen Ziele größtenteils unter vier verschiedenen Politikbereichen zusammengefasst werden (G20, 2020; 2021; 2022; G7, 2021; 2022):

1. Wirtschaftliche Teilhabe
2. Führungs- und Entscheidungspositionen
3. Bildung und Ausbildung
4. Gewalt gegen Frauen und Mädchen, geschlechtsspezifische Gewalt

Darüber hinaus gibt es Bestrebungen, eine Reihe von gleichstellungsrelevanten Zielen über die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicht-G7- bzw. G20-Staaten zu erreichen. Auch diese Ziele lassen sich größtenteils den vier Politikfeldern zuordnen. In den folgenden Abschnitten werden die gleichstellungsrelevanten Ziele in den vier Politikfeldern jeweils einzeln beschrieben und ihre Umsetzung in Deutschland (bzw. die Umsetzung durch Deutschland in Staaten, mit denen eine Entwicklungszusammenarbeit besteht) analysiert.

3.1 Wirtschaftliche Teilhabe: Arbeitsmarktbedingungen, Unternehmerinnen, finanzielle Teilhabe

Seit 2012 enthalten die Abschlussdokumente der G20 eine zunehmende Anzahl an Forderungen und Zielen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen. Diese Forderungen und Ziele wurden in der Folge auch in den Abschlussdokumenten der G7 aufgegriffen. Die G20 und später auch die G7 verabschiedeten das Ziel, die Beteiligung von Frauen an den Arbeitsmärkten zu fördern und ihre finanzielle Teilhabe zu stärken. Auch die Unterstützung von Unternehmerinnen hat für die G7 und die G20 immer mehr an Bedeutung gewonnen. Insgesamt wurde den Verpflichtungen zur wirtschaftlichen Teilhabe mehr Gewicht beigemessen als anderen gleichstellungsbezogenen Themen, insbesondere in den Abschlussdokumenten der G20. Diese Verpflichtungen werden wir im Folgenden näher betrachten und anschließend die Umsetzung in Deutschland analysieren.

3.1.1 Ziele

Arbeitsmarktbedingungen

Die G20 hat früher als die G7 damit begonnen, dem Gender-Mainstreaming auf dem Arbeitsmarkt im Allgemeinen Aufmerksamkeit zu widmen und insbesondere den Arbeitsbedingungen, der Lohngleichheit und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie Beachtung zu schenken. Bereits das Abschlussdokument des zweiten G20-Gipfels enthielt die Forderung nach der Schaffung familienfreundlicher Arbeitsmärkte (G20, 2009). Seit 2012 enthalten die Kommuniqués der G20-Staats- und Regierungschef*innen zunehmend solche allgemeinen Ziele für eine gleichstellungsorientierte Arbeitsmarktpolitik. Die Förderung der Beschäftigung von Frauen (G20, 2013; 2014; 2015; 2017; 2018; 2019; 2020; 2021; 2022) und die Förderung guter Arbeitsbedingungen für Frauen (G20, 2012; 2018; 2019; 2020; 2021; 2022) lassen sich als allgemeine, übergreifende Ziele identifizieren.

Eines der zentralen Ziele der G20, das später auch von der G7 übernommen wurde, ist die Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbsbeteiligung. Auf dem G20-Gipfel im Jahr 2014 beschloss die Staats- und Regierungschef*innen das quantitative Ziel, die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern bis 2025 um 25 Prozent zu verringern und weitere 100 Millionen Frauen in Beschäftigung zu bringen (G20, 2014). In den Folgejahren hat die G20 dieses Ziel wiederholt bekräftigt (G20, 2015; 2017; 2018; 2019; 2020; 2021; 2022), das auch in den Abschlussdokumenten der G7 enthalten war (G7, 2015; 2017). In seiner ursprünglichen Formulierung in Brisbane 2014 (G20, 2014) wird dieses konkrete und messbare Ziel jedoch durch die Aussage eingeschränkt, dass bei der Umsetzung „einzelstaatliche Voraussetzungen“ berücksichtigt werden müssen.

Was die Lohngleichheit betrifft, so fordert die G20 gleiche Löhne und Gehälter (G20, 2012; 2017; 2018; 2020; 2021). Auch die G7 möchte Lohngleichheit für Frauen und Männer (G7, 2016; 2018; 2021). Das Kommuniqué der G7-Staats- und Regierungschef*innen von 2016 enthält beispielsweise das folgende allgemeine Ziel, „den Zugang von Frauen zu besser bezahlten Arbeitsstellen zu verbessern und Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern zu reduzieren.“ (G7, 2016, S. 18).

Die G20 befasst sich bereits seit einiger Zeit mit dem Thema Gleichstellung und Pflege. Das Kommuniqué der G20-Staats- und Regierungschef*innen aus dem Jahr 2012 enthält das allgemeine Ziel: „Wir bringen ferner unsere feste Entschlossenheit zum Ausdruck, die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Bereichen zu fördern, darunter [bei den] Fürsorgepflichten.“ (G20, 2012; eine ähnliche Erklärung findet sich in G20, 2019).¹⁷ Die Kommuniqués der G7-Staats- und Regierungschef*innen von 2015 und 2016 enthalten sehr ähnliche oder beinahe identische Aussagen.

In den vergangenen Jahren wurden die allgemeinen Ziele „Förderung der Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt“ und „bessere Beschäftigungschancen für Frauen“ wiederholt in den Abschlussdokumenten der G7 genannt. Auch wurden Verpflichtungen zu spezifischen Maßnahmen in diesen Bereichen eingegangen. So benennt der G7-Fahrplan für ein geschlechtergerechtes Wirtschaftsumfeld (G7, 2017b) ausführlich verschiedene Aspekte der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen und weist auf den positiven Einfluss hin, den die Beschäftigung von Frauen auf Einkommen, Renten und Altersvorsorge von Frauen hat. Der Fahrplan befasst sich weiterhin mit den Herausforderungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. So haben sich die G7-Staaten beispielsweise zu einer Sensibilisierungskampagne verpflichtet, die die derzeitige Belastung der Frauen durch die Betreuungs- und Pflegearbeit sichtbar machen und eine gleichmäßigere Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern fördern soll. Der G7-Fahrplan enthält auch die Verpflichtung, in soziale Infrastrukturen zu investieren, die die häusliche Pflegearbeit entlasten. Darüber hinaus sollen im gesamten Zyklus der Planung und Umsetzung von öffentlichen Haushalten Gleichstellungsaspekte berücksichtigt und der Sozialpolitik und sozialen Infrastruktur, die die Gleichstellung der Geschlechter fördert, Vorrang eingeräumt werden. Der G7-Fahrplan fordert außerdem, dass soziale Dienstleistungen für alle bezahlbar sein und Maßnahmen entwickelt werden sollen, die Lohngleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sollten bekämpft und der Zugang zu Eltern- und Familienurlaub (sofern ein solches Angebot besteht) erleichtert werden. Außerdem sollen bis 2025 koordinierte Maßnahmen ergriffen werden, die Männer zur Inanspruchnahme von Eltern- bzw. Erziehungsurlaub bewegen. Der Fahrplan verpflichtet auch dazu, die Ansätze verschiedener internationaler Organisationen (z. B. UN, IAO, OECD, IWF, WBG und EU-Kommission) zur Messung von unbezahlter Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit zu bündeln, um hierfür eine einheitliche Methodik zu entwickeln.

Die Covid-19-Pandemie hat einmal mehr die ungleiche Verteilung der (bezahlten und unbezahlten) Pflege- und Betreuungsarbeit deutlich gemacht, durch die „die Mitgestaltungsmacht von Frauen, ihre Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben und ihre Übernahme von Führungspositionen eingeschränkt“ werden (G7, 2021, S. 23). Die unbezahlte Pflegearbeit spiele „eine maßgebliche Rolle [...] für das Funktionieren unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften“, stelle aber „aufgrund ihrer ungleichen Verteilung auch eine wesentliche Ursache für Geschlechterungleichheit“ dar (G7, 2022, S. 31). Die G7 erklärt in diesem Zusammenhang, den weltweiten Ausbau einer hochwertigen Kinderbetreuungsinfrastruktur zu unterstützen, so beispielsweise durch die gemeinsame finanzielle Unterstützung des Childcare Incentive Fund der Weltbank in Höhe von 79 Millionen US-Dollar, und damit zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen, zu besserer Bildung und zum allgemeinen Wirtschaftswachstum beizutragen (G7, 2022). Ebenso verpflichtet sich die G20, die ungleiche Verteilung der Betreuungsarbeit zu bekämpfen (G20, 2020; 2021; 2022).

Unternehmerinnen und finanzielle Teilhabe

Der Förderung von Unternehmerinnen wurde zunächst von den Staats- und Regierungschef*innen der G7 Aufmerksamkeit zuteil: „Wir verständigen uns auf gemeinsame Prinzipien zur Stärkung der unternehmerischen Selbstständigkeit von Frauen“ (G7, 2015a, S. 3). Die G7-Prinzipien zur Stärkung der unternehmerischen Selbstständigkeit von Frauen (G7, 2015b) beinhalten die Verpflichtung, Maßnahmen zu ergreifen, um Mädchen und Frauen schon zu einem frühen Zeitpunkt auf die Möglichkeiten einer unternehmerischen Selbstständigkeit aufmerksam zu machen. Darüber hinaus verpflichten sich die G7, Unternehmerinnen den Zugang von zu

¹⁷ Dieser frühe Hinweis auf die Bedeutung der Pflege (bzw. Fürsorgepflichten) ist interessant, da der Diskurs über Versorgungswirtschaft und den Pflegesektor erst 2015 mit den Verhandlungen zur UN-Agenda 2030 breite internationale Aufmerksamkeit erlangte (siehe UN, 2015, Zielvorgabe 5.4).

Kredit und Finanzierung zu erleichtern. Auch sollten erfolgreiche Unternehmerinnen als Vorbilder stärker sichtbar gemacht werden.

Mit dem oben genannten Fahrplan für ein geschlechtergerechtes Wirtschaftsumfeld (G7, 2017b) haben die G7-Staaten ihre Verpflichtungen um konkrete Strategien und Zeitpläne für die Förderung von Frauen in hochqualifizierten und besser bezahlten Berufen erweitert. Um das Ziel aus dem Jahr 2015 umzusetzen, Unternehmerinnen den Zugang zu Finanzierung zu erleichtern, verpflichtete sich die G7 beispielsweise zu Maßnahmen wie Garantiefonds, Anreizen und Reformen bei gesicherten Transaktionen. Bereits 2015 wurde die Verpflichtung eingegangen, bis 2020 in Kampagnen zu investieren, die Frauen über bestehende Netzwerke, Ressourcen und Möglichkeiten zur Unterstützung von Unternehmerinnen informieren. Darüber hinaus sollten diese Kampagnen weibliche Unternehmerinnen als Vorbilder sichtbar machen.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat eine G7-Initiative unter anderem die Förderung von Unternehmerinnen zum Ziel. Mit der Initiative „2X Challenge“ forderte die G7 2018 die Entwicklungsbanken auf, eigene Finanzmittel mit externem Privatkapital zu kombinieren, um Unternehmerinnen, weiblichen Arbeitnehmerinnen und Verbraucherinnen in Entwicklungsländern größere wirtschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Investitionen und Initiativen gelegt werden, die Frauen den Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen, Finanzmitteln und Führungspositionen erleichtern. Für die Initiative sollen 3 Milliarden US-Dollar mobilisiert werden.¹⁸

In den vergangenen Jahren haben die Staats- und Regierungschef*innen der G20 auch Maßnahmen zur Förderung von Unternehmerinnen (G20, 2016; 2017; 2018; 2019; 2022) und zur stärkeren finanziellen Eingliederung von Frauen (G20, 2012; 2013; 2016; 2017; 2020) beschlossen. Der auf dem G20-Gipfel 2017 in Deutschland verkündete Beschluss zur Gründung der Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi) ist ein Bekenntnis zu einer konkreten Entwicklungspolitik. Es handelt sich dabei um einen von der Weltbankgruppe als Sekretariat und Treuhänderin verwalteten Fonds, mit dem 1 Milliarde US-Dollar aufgebracht werden soll. Ziel des Fonds ist es, Unternehmerinnen leichter Zugang zu Kapital zu ermöglichen, Frauen technische Unterstützung zu bieten und frauengeführte kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen (Weltbank, 2017).

3.1.2 Umsetzung in Deutschland

Frauen sind in Deutschland derzeit nicht wirtschaftlich gleichberechtigt. Von 2014 bis 2021 (Eurostat, 2023) stieg die Beschäftigungsquote von Frauen von 72,1 auf 75,9 Prozent, die der Männer von 81,2 auf 83,2 Prozent. Die Beschäftigungslücke zwischen Frauen und Männern fiel somit leicht von 9,1 auf 7,1 Prozentpunkte (siehe Abbildung 1), was einer Verringerung von rund 19 Prozent entspricht. Dies ist ein Fortschritt im Hinblick auf das quantitative Ziel der G7 und G20, die Beschäftigungslücke zwischen Frauen und Männern zwischen 2014 und 2025 um 25 Prozent zu verringern.

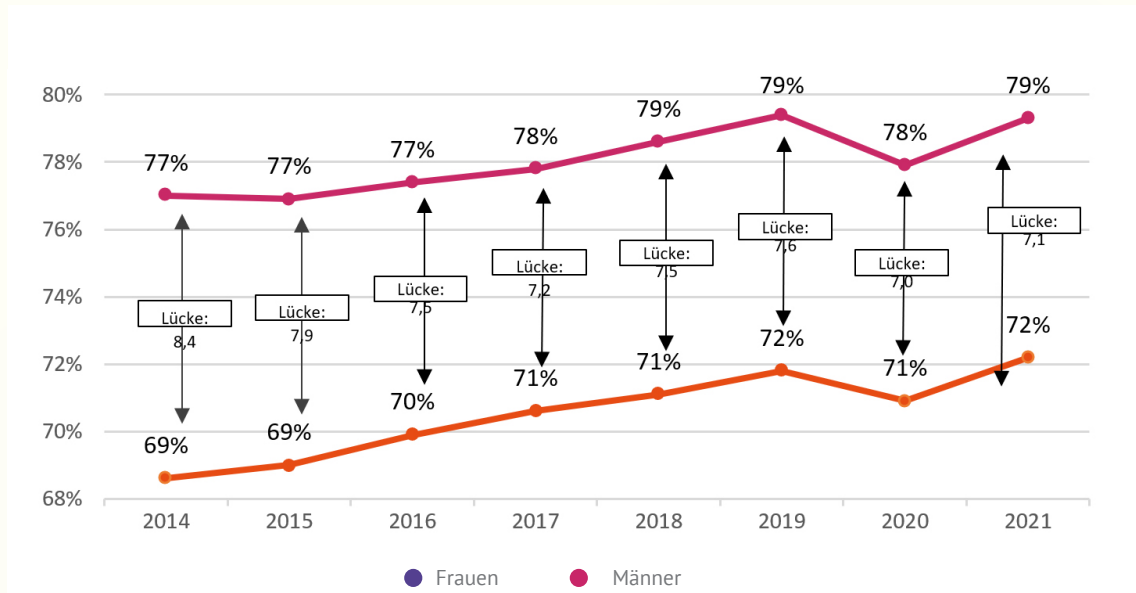
Ungeachtet dieser Fortschritte sei darauf hingewiesen, dass mit Stand vom März 2023 47,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in Teilzeit arbeiten (Statista, 2023). Sowohl die niedrigeren Beschäftigungsquoten als auch die höhere Anzahl von Frauen in Teilzeitbeschäftigung haben Einfluss auf Entlohnung, Aufstiegschancen, Qualifizierung und Rentenansprüche.

2022 betrug das geschlechtsspezifische Lohngefälle¹⁹ immer noch 18 Prozent (Statistisches Bundesamt, 2023b). Das allgemeine Ziel der G7- und G20-Staaten, Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern herzustellen, ist damit eindeutig noch nicht erreicht.

¹⁸ Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.dfc.gov/media/opic-press-releases/g7-dfis-announce-2x-challenge-mobilize-3-billion-invest-worlds-women> (Website auf Englisch – letzter Zugriff 23.05.2023).

¹⁹ Das geschlechtsspezifische Lohngefälle ist der in Prozent ausgedrückte Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Frauen und Männern.

Unterschiede bei den Beschäftigungsquoten und Löhnen ziehen auch eine geschlechtsspezifische Rentenlücke nach sich. Im Jahr 2021 lag das Renteneinkommen von Frauen um fast ein Drittel unter dem von Männern (Statistisches Bundesamt, 2023c). Vor diesem Hintergrund ist es interessant zu erörtern, inwieweit Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen in Deutschland umgesetzt wurden.



Quelle: Autoren, basierend auf Eurostat-Daten (Statista, o. J. a)

Arbeitsmarktbedingungen

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Jahren Regelungen eingeführt, die dazu beitragen können, dass die Ziele der G7- und G20-Erklärungen erreicht werden. Einige dieser Regelungen betreffen konkret die Situation weiblicher Beschäftigter, andere sind nicht gleichstellungsspezifisch, könnten aber wegen der strukturellen Benachteiligung von Frauen bei einer geschlechtersensiblen Umsetzung zur Verbesserung der Situation beitragen.

Mehrere Rechtsvorschriften zielen insbesondere darauf ab, das Lohngefälle zu verringern und eine Lohngleichheit von Frauen und Männern herbeizuführen.²⁰ Das 2017 verabschiedete Entgelttransparenzgesetz²¹ zielt auf die Herstellung von Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern ab. In einem Grundsatzurteil hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) die Konturen des Entgelttransparenzgesetzes geschärft und klargestellt, dass Verhandlungsgeschick allein kein geeignetes Tatbestandsmerkmal für die Feststellung einer Entgeltungleichheit zwischen Frauen und Männern ist (Urteil vom 16.02.23, Az. 8 AZR 450/21).

²⁰ Eine weitere Initiative aus Sicht der Regierung ist die so genannte „Mütterrente“, die den Lohnunterschied und die Unterbrechungen im Berufsleben von Frauen ausgleichen soll. Für weitere Informationen siehe BMAS (s.o.). Allerdings wirkt die Mütterrente nur sekundärverteilend und ist daher keine eigentliche arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Gleiches gilt für das „Starke-Familien-Gesetz“, das Änderungen bei der Berechnung des Kinderzuschlags vorschlägt und die Einkommenssituation von Haushalten mit geringem Einkommen verbessern soll. Die vorgesehenen Sätze sind jedoch zu niedrig, und auch hier handelt es sich um ein sozialpolitisches Korrektiv, das nicht auf Ebene der strukturellen Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ansetzt.

²¹ Entgelttransparenzgesetz vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2152). Siehe auch Bundesregierung (2019a, S. 15). Eine Expertenauswertung ergab, dass nur 4 Prozent der befragten Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 200 Mitarbeitern eine Auskunft verlangen. Weniger als die Hälfte der befragten Unternehmen überprüften freiwillig ihre Lohnstrukturen. Das Ministerium schlägt vor, ein Anreizsystem für betriebliche Prüfverfahren einzuführen und bietet ein Online-Tool an, das auf bestehenden betrieblichen Prüfinstrumenten aufbaut (BMFSFJ, 2019).

Da viele Frauen im Niedriglohnsektor arbeiten, kann auch der 2014 eingeführte gesetzliche Mindestlohn indirekt dazu beitragen, die G7- und G20-Ziele der Einkommens- und Lohngleichheit zu erreichen²² (vgl. Bundesregierung, 2019a, S. 15). Der gesetzliche Mindestlohn wurde seit seiner Einführung kontinuierlich erhöht und betrug 2022 12 Euro pro Stunde.²³ Eine besonders prekäre Beschäftigungsform im Niedriglohnsektor sind „Minijobs“ mit einem Monatsverdienst von bis zu 520 Euro; 58 Prozent der Minijobs in Deutschland werden von Frauen ausgeübt (Statista, 2022). Eine gesetzliche Regelung für höhere Löhne im Pflegebereich²⁴ kann einen positiven Beitrag leisten, da Frauen auch in diesem Bereich die Mehrheit der Beschäftigten ausmachen. Vor dem Hintergrund der Pandemie haben die G7 (2021; 2022) und die G20 (2022) ihre Wertschätzung für die Leistungen von Pflegekräften zum Ausdruck gebracht. In diesem Zusammenhang legte die G7 den Schwerpunkt auf Sicherung von Fairness und Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung und insbesondere für Frauen, da sie die Mehrheit der Arbeitskräfte in diesem Sektor stellen. Den Formulierungen der G7 folgend, enthält der Koalitionsvertrag die Verpflichtung, die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten im Gesundheitswesen und Pflegekräften zu verbessern (Bundesregierung, 2021b, S. 63f). Die Bundesregierung hat aus diesem Grund vor Kurzem eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen verabschiedet, mit denen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung im Pflegesektor verbessert und die Leistungen der Pflegekräfte während der Pandemie gewürdigt werden sollen.²⁵ Zu den neuen Initiativen, die die Arbeitsbedingungen für Frauen im Allgemeinen verbessern könnten, gehört das Qualifizierungschancengesetz, das auch mehr Schutz durch die Arbeitslosenversicherung beinhaltet.²⁶ Das Gesetz soll auch kurzfristig Beschäftigte schützen, die durch den Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt besonders gefährdet sind. Frauen machen einen großen Teil der prekär Beschäftigten aus, auf die diese Gesetze abzielen. Damit trägt das Gesetz einigen der Anliegen der G7 Rechnung.

Es gibt nur wenige Gesetzesinitiativen, die direkt auf das quantitative Ziel der G20 und G7 zuarbeiten, die Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit von Frauen zu erhöhen. Eine Initiative, die einem geschlechtersensiblen Arbeitsmarktansatz zugutekommen könnte, ist das Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts, das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) eingebracht wurde. Mit dem 2018 verabschiedeten Gesetz²⁷ wurde eine zeitlich begrenzte Arbeitszeitverringerung, die so genannte Brückenteilzeit, eingeführt. Konkret haben Arbeitnehmer*innen einen Anspruch auf mindestens ein und höchstens fünf Jahre Teilzeitbeschäftigung und können anschließend zu ihrer ursprünglich vereinbarten Arbeitszeit zurückkehren (meistens Vollzeit). Damit soll erreicht werden, dass weibliche Beschäftigte in ihrer beruflichen Laufbahn nicht durch Elternzeit, Betreuungsurlaub oder Aus- und Weiterbildungszeiten benachteiligt werden. Das Gesetz gilt allerdings nur für Unternehmen mit mindestens 15 Beschäftigten. Viele Beschäftigte arbeiten in kleineren Unternehmen und haben daher keinen Rechtsanspruch auf Brückenteilzeit.

Verschiedene Gesetze wirken auf die Ziele der G7 und der G20 zu Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit sowie zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf hin. Diese Gesetze können sich indirekt positiv auf die Beschäftigungsquoten und Arbeitszeiten von Frauen auswirken. Bereits seit 2007, also lange vor den G20-Beschlüssen von 2012 und lange bevor die Pandemie das Thema wieder in den Fokus rückte, haben Familien in Deutschland einen Anspruch auf Elternzeit und Elterngeld nach der Geburt oder Adoption eines Kindes.

²² Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie (Mindestlohngesetz) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348).

²³ Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung of 30 Juni 2022 (BGBl. I p. 969).

²⁴ Gesetz für bessere Löhne in der Pflege (Pflegelöhneverbesserungsgesetz) of 22 November 2019 (BGBl. I p. 1756). Vierte Pflegearbeitsbedingungenverordnung (4. PflegeArbbV, BAnz AT 28.04.2020 V2).

²⁵ Fünfte Pflegearbeitsbedingungenverordnung (5. PflegeArbbV; BAnz AT 26.04.2022 V1). Gesetz zur Zahlung eines Bonus für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen (Pflegebonusgesetz) (BGBl. I p. 938).

²⁶ Gesetz zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung of 18 December 2018 (BGBl. I p. 2651).

²⁷ Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts. Einführung einer Brückenteilzeit of 11 December 2018 (BGBl. I p. 2384).

²⁸ Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz of 5 December 2006 (BGBl. 2006 I p. 2784).

Im Januar 2015 wurde ein „ElterngeldPlus“ mit Partnerschaftsbonus eingeführt. Das Basiselterngeld wird für die ersten 14 Lebensmonate eines Kindes gezahlt, wenn beide Elternteile das Kind selbst betreuen und maximal 30 Stunden pro Woche arbeiten. Das ElterngeldPlus kann doppelt so lange in Anspruch genommen werden und beträgt maximal der Höhe des halben Elterngeldbetrags.²⁸ In der Zeit zwischen dem dritten Geburtstag und dem Ende des achten Lebensjahres des Kindes können Eltern 24 Monate Elternzeit in Anspruch nehmen.²⁹ Das Zweite Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes 2021 soll Familien mehr Freiräume geben, zum Beispiel durch flexiblere und unbürokratischere Arbeitszeitregelungen. Das Ziel ist dabei eindeutig, Väter stärker in die Betreuung ihrer Kinder einzubinden. Dies spiegelt beispielsweise die im G7-Fahrplan für ein geschlechtergerechtes Wirtschaftsumfeld enthaltene Zusage wider, „die Einführung von Maßnahmen in Betracht zu ziehen, die eine verstärkte Inanspruchnahme der Elternzeit durch Väter unterstützen“ (G7, 2017 b, S. 5, Übersetzung durch die Übersetzerin).

Unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergleichstellung ist dieses Modell jedoch kritikwürdig. Insgesamt arbeiten weniger Frauen als Männer, und weniger weibliche als männliche Beschäftigte arbeiten Vollzeit. Bei Leistungsbeziehenden wird das Elterngeld mit den bezogenen Leistungen verrechnet, so dass sich das Haushaltseinkommen nicht erhöht. Außerdem wird das Elterngeld auf Grundlage des durchschnittlichen Monatsgehalts (im Zeitraum vor Antritt des Elternurlaubs) des Elternteils berechnet, der Elternurlaub nimmt. Das ausbezahlte Elterngeld kann zwischen 300 € und 1.800 € liegen. Wegen des geschlechtsspezifischen Lohngefälles bedeutet dies, dass Frauen im statistischen Durchschnitt weniger monatliches Elterngeld erhalten als Männer. Das Gesetz hat bisher nur wenig Wirkung gezeigt: Nur ein Drittel der Väter nimmt Elternzeit in Anspruch. Damit ist klar, dass das Elterngeldmodell nicht ausreicht, um die Ziele der G7 und G20 zu verwirklichen.

Zur Verbesserung der Situation der Familien- und Betreuungsarbeit bedarf es besserer Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Das Gute-KiTa-Gesetz³⁰ von 2018, das 2021 aktualisiert wurde,³¹ sieht die „integrative Förderung aller Kinder“ sowie erweiterte, den Bedürfnissen von Eltern entsprechende Öffnungszeiten, ein gutes Betreuungsverhältnis und die Förderung der sprachlichen Entwicklung des Kindes vor. Auch die Kosten für die Betreuung werden in dem Gesetz angesprochen. Zu den qualitätsbestimmenden Faktoren von Kinderbetreuungseinrichtungen zählen die Zugänglichkeit, der Betreuungsschlüssel und die Verfügbarkeit des Angebots. Alleinerziehende – zu 90 Prozent Frauen – sind auf Öffnungszeiten angewiesen, die auch Randzeiten abdecken (frühmorgens, abends, am Wochenende, über Nacht), um ein ausreichendes Haushaltseinkommen zu erzielen. Das Gute-KiTa-Gesetz ist daher relevant für die Gleichstellungspolitik und die G7- und G20-Beschlüsse zur Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Betreuungsarbeit. Allerdings fehlen bundesweit rund 380.000 Kita-Plätze, so dass der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung kaum erfüllt werden kann (Bertelsmann Stiftung, 2022). Dies ist vor allem auf den allgemeinen Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung und -erziehung zurückzuführen – einem Bereich, der durch niedrige Löhne und einen hohen Frauenanteil geprägt ist.

Darüber hinaus stellt auch die Finanzierung der Kinderbetreuung ein Problem dar: Die öffentlich geförderte Kinderbetreuung endet mit der Einschulung des Kindes. Um die Betreuungslücke zu schließen, die sich für viele Familien mit der Einschulung ihrer Kinder auftut, wurde mit dem Ganztagsförderungsgesetz³² von 2021 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Der Rechtsanspruch garantiert eine achtstündige Betreuung an allen fünf Werktagen und gilt auch in den Ferien; die Länder können eine Schließzeit von bis zu vier Wochen regeln.

²⁸ Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz of 5 December 2006 (BGBl. 2006 I p. 2784).

²⁹ For more information, see <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/familienleistungen/elternzeit/elternzeit/73832?view=DEFAULT>

³⁰ Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Gute-KiTa-Gesetz) of 19 December 2018 (BGBl. 2018 I p. 2696). See also Bundesregierung (2019b, p. 15).

³¹ Zweites Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) (BGBl. 2022 I p. 2791).

³² Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG) of 2 October 2021 (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2021 Teil I Nr. 71, ausgegeben zu Bonn am 11. Oktober).

Trotzdem ist es dem BMFSFJ nicht gelungen, seinen Wunsch nach einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern bis 2025 zu verwirklichen. Erst ab August 2026 sollen Erstklässler einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben. In den Folgejahren wird der Anspruch jeweils um eine Klassenstufe ausgeweitet, so dass erst im August 2029 jedes Grundschulkind Anspruch auf Ganztagsbetreuung haben wird – vorausgesetzt, die notwendigen Mittel werden mobilisiert.

Neben der Kinderbetreuung kümmern sich viele Familien auch um pflegebedürftige Angehörige, manchmal sogar gleichzeitig. Schätzungen zufolge haben 13 Prozent der erwerbstätigen Frauen im Alter von 50-59 Jahren und 18 Prozent der Frauen über 60 Jahren und älter eine solche Pflegeverantwortung (Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, 2019, S. 16). Frauen in Haushalten, in denen pflegebedürftige Angehörige betreut werden, leisten deutlich mehr Betreuungsarbeit (57 Prozent des Gesamtumfangs) als Männer und reduzieren in dieser Zeit häufig ihre Wochenarbeitszeit oder ziehen sich für eine gewisse Zeit ganz aus dem Arbeitsleben zurück (Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege, 2019, S. 16).

Das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz³³ könnte sich daher indirekt auf die Gleichstellung der Geschlechter und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auswirken. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Beschäftigung von mehr Pflegekräften in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen zu ermöglichen (Bundesministerium für Gesundheit, s.o.). Um Frauen bei der Pflegearbeit zu entlasten, sind jedoch Maßnahmen erforderlich, die die häusliche Pflege und die Vereinbarkeit von Pflegeaufgaben und Erwerbstätigkeit betreffen. Das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz enthält insofern auch eine Gleichstellungskomponente, als es darauf abzielt, die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern, von denen die Mehrheit Frauen sind. Ab 2020 sollen Konzepte für Personalbemessungsverfahren umgesetzt werden, außerdem sind nach Qualifikationen differenzierte Mindestlöhne für Pflege- und Betreuungskräfte vorgesehen.

Durch die Pandemie und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine sind die Lebenshaltungskosten in Deutschland massiv gestiegen, und die Bundesregierung will die Bürger*innen in den Jahren 2022 und 2023 mit drei insgesamt rund 95 Milliarden Euro umfassenden Entlastungspaketen (Entlastungspakete I - III) entlasten. Obwohl die Pakete nicht explizit geschlechtersensibel sind, ist zu erwarten, dass wegen der ungleichen Einkommensverteilung vor allem Frauen aus den unteren und mittleren Einkommensgruppen von Transferleistungen wie dem einmaligen Kinderbonus von 100 Euro, der Erhöhung des Kindergeldes auf 250 Euro und der Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende auf 4.260 Euro profitieren könnten.

Trotz der genannten Gesetzesinitiativen lässt sich feststellen, dass die Bundesregierung in den letzten Jahren nur wenige Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht hat, die mit den Zielen der G7 und G20 zu Lohngleichheit, Pflegearbeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Zusammenhang stehen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die G7- und G20-Ziele oft unspezifisch und vage formuliert sind. Es gibt nur sehr wenige Gesetzesinitiativen, die direkt dazu beitragen können, das einzige konkrete quantitative G7- bzw. G20-Ziel zur Geschlechtergleichstellung im Bereich wirtschaftliche Teilhabe zu erreichen: die Erwerbsbeteiligung von Frauen bezüglich ihrer Beschäftigungsquote und ihrer Arbeitszeiten zu erhöhen.

Unternehmerinnen und finanzielle Teilhabe

Wie bereits erwähnt, haben sich die G7- und G20-Staaten in den letzten Jahren vermehrt zur Förderung von Unternehmerinnen verpflichtet. 2017 lag der Anteil der Unternehmerinnen in Deutschland bei 40 Prozent (vgl. Statista, o. J. b). Insgesamt gibt es in Deutschland weit weniger ministerielle Initiativen oder gesetzgeberische Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmerinnen als solche, die sich auf den Arbeitsmarkt beziehen.

³³ "Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals" (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG) of 11 December 2018 (BGBl. 2018 I p. 2394); BMFSFJ (2021a).

Allerdings bietet der dem BMAS unterstellte deutsche Mikrokreditfonds seit 2009 Kredite für Existenzgründer*innen an. Das Programm „Mein Mikrokredit“ richtet sich an kleine und neue Unternehmen und insbesondere an „von Frauen oder von Menschen mit Migrationshintergrund geführte Unternehmen“.³⁴ Seit 2014 unterstützt das damalige Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (damals noch Bundesministerium für Wirtschaft und Energie BMWi) aktiv die Initiative „FRAUEN unternehmen“ sowie eine Agentur, die Unternehmerinnen Beratungs- und Vernetzungsmöglichkeiten bietet.³⁵ Auch das bereits erwähnte Qualifizierungschancengesetz³⁶ könnte für Unternehmerinnen eine wichtige Rolle spielen.

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit trägt die Deutsche Investitionsgesellschaft (DEG) zur Umsetzung der „2X Challenge“ zur Förderung der unternehmerischen Selbstständigkeit und Beschäftigung von Frauen bei. Laut eigenen Angaben hat die DEG der Initiative im ersten Jahr 458 Millionen US-Dollar bereitgestellt (KfW DEG, 2019). Dabei ist zu beachten, dass die „2X Challenge“ nur teilweise mit öffentlichen Mitteln arbeitet – Ziel der Initiative ist es, öffentliche und private Mittel zu kombinieren. Ebenfalls erwähnenswert ist, dass nur eines von fünf sehr wenig anspruchsvollen Kriterien erfüllt sein muss, damit eine Investition als „2X Challenge“-Investition gilt. Zu diesen Kriterien zählt zum Beispiel, dass in ein Unternehmen investiert werden kann, wenn es Produkte herstellt, die überwiegend von Frauen genutzt werden, oder dass die Führungsebene des Unternehmens (je nach Branche) zu mindestens 20-30 Prozent aus Frauen besteht. Es ist also nicht zu erwarten, dass der deutsche Beitrag zur „2X Challenge“ wesentlich zur Verbesserung der Situation von Unternehmerinnen im Besonderen beiträgt. Auch die Aktivitäten der Bundesregierung zur Unterstützung von Unternehmerinnen in Deutschland scheinen von begrenztem Umfang zu sein.

3.2 Führungs- und Entscheidungspositionen

3.2.1 Ziele

In den vergangenen Jahren haben sowohl die G7 (G7, 2016; 2018; 2019; 2021; 2022) als auch die G20 (G20, 2018; 2019; 2020; 2021; 2022) sich das allgemeine Ziel gesetzt, den Frauen den Zugang zu Führungs- und Entscheidungspositionen zu erleichtern. So verfolgte beispielsweise die G7 das Ziel, den Frauenanteil auf allen Entscheidungsebenen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben bis 2022 zu erhöhen. Verschiedene von der G7 festgelegte Strategien sollten zur Erreichung dieses Ziels beitragen, darunter Führungstrainings für Frauen und die Einführung einer Gleichstellungszertifizierung, mit der die Vertretung von Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft verbessert werden sollte (G7, 2017). Der G7-Fahrplan für ein geschlechtergerechtes Wirtschaftsumfeld (G7, 2017b) enthält auch die Verpflichtung, eine „ausgewogenere Vertretung“ von Frauen in den Delegationen und Teams der G7 als erklärtes Ziel zu fördern.

Die G20-Dokumente hingegen enthalten nur allgemeine Ziele und keine spezifischen Strategien hinsichtlich des Zugangs von Frauen zu Führungs- und Entscheidungspositionen. So heißt es beispielsweise im Communiqué der G20-Staats- und Regierungschef*innen von 2018: „Wir bekennen uns [...] dazu, Frauen den Zugang zu Positionen auf Führungs- und Entscheidungsebene zu erleichtern“ (G20, 2018).

³⁴ Weitere Informationen unter <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsfoerderung/Foerderung-der-Erwerbstaetigkeit/Mikrokredit/mikrokredit.html> – letzter Zugriff 23.05.2023 und <https://www.fuer-gruender.de/kapital/fremdkapital/fremdkapitalgeber/mikrokredit/> – letzter Zugriff 23.05.2023.

³⁵ „Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals“ (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpStG) of 11 December 2018 (BGBl. 2018 I p. 2394); BMFSFJ (2021a).

³⁶ For more information, see <https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsfoerderung/arbeitsfoerderung.html>; [krokredit.html](https://www.fuer-gruender.de/kapital/fremdkapital/fremdkapitalgeber/mikrokredit/); and <https://www.fuer-gruender.de/kapital/fremdkapital/fremdkapitalgeber/mikrokredit/>

3.2.2 Umsetzung in Deutschland

2022 waren in Deutschland 21,8 Prozent der Führungspositionen in der Privatwirtschaft mit Frauen besetzt (Statista, 2023). 2021 lag der Anteil von Frauen an den Beschäftigten mit Führungs- und Managementaufgaben in den wichtigsten Bundesbehörden bei 39 Prozent, 2015 waren es nur 32,6 Prozent.³⁷ Zu den Maßnahmen, die in Deutschland ergriffen wurden, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, gehört das „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“,³⁸ das allerdings schon vor den entsprechenden G7- und G20-Beschlüssen von 2015 verabschiedet wurde. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie waren 8 von 16 Minister*innen im Bundeskabinett Frauen. Das Amt des*der Bundeskanzler*in wurde allerdings wieder von einem Mann bekleidet, und nur 34,9 Prozent der Mitglieder des Bundestages waren Frauen (Deutscher Bundestag, 2022).

In der Privatwirtschaft sind die 101 börsennotierten deutschen Unternehmen und Unternehmen mit Arbeitnehmervertretung in ihren Aufsichtsräten seit 2016 verpflichtet, mindestens 30 Prozent der Aufsichtsratssitze mit Frauen zu besetzen. Der Anteil von Frauen in Führungspositionen stieg von 21,3 Prozent vor 2015 auf 35,6 Prozent im Jahr 2022. Allerdings machen Frauen in dieser Unternehmenskategorie nach wie vor nur 16,2 Prozent der Vorstandsmitglieder aus (siehe FidAR, 2022, S. 5). Auch im öffentlichen Sektor wurden Quoten eingeführt: Seit 2016 sieht das Bundesgremienbesetzungsgesetz vor, dass die Bundesregierung bei Aufsichtsgremien mindestens drei Sitze besetzen kann und mindestens 30 Prozent aller Neubesetzungen Frauen sein müssen. Das Familienministerium hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Anteil ab 2018 bis 2025 auf 50 Prozent zu erhöhen (BMFSFJ, 2022d). Das Bundesgleichstellungsgesetz verpflichtet die Dienststellen und Unternehmen des Bundes, Zielvorgaben für den Frauen- bzw. Männeranteil auf allen Führungsebenen festzulegen.³⁹ Das Zweite Führungspositionengesetz (FüPoGII)⁴⁰ aus dem Jahr 2021 soll den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter erhöhen und setzt verbindliche Ziele für die Wirtschaft und den öffentlichen Dienst, darunter eine Mindestquote für Vorstände mit mehr als drei Mitgliedern in deutschen Großunternehmen. Trotz der Quotenvorgabe lag der Frauenanteil in Führungspositionen des öffentlichen Sektors im Jahr 2022 nur bei 36 Prozent (BMFSFJ, 2023). So hat sich das Auswärtige Amt im Rahmen seiner feministischen Außenpolitik zum Ziel gesetzt, den Anteil weiblicher Beschäftigter auf allen Hierarchieebenen zu erhöhen und damit auf das allgemeine Ziel hinzuarbeiten, Frauen gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung zu ermöglichen.⁴¹ Falls diese Absicht tatsächlich umgesetzt wird, könnte dies einen Wandel bei der Besetzung von Führungspositionen im öffentlichen/staatlichen Sektor einleiten. Darüber bestehen bzw. bestanden auf kommunaler Ebene Programme, die Politikerinnen Coaching ermöglichen und ihre Vernetzung fördern. Hierzu zählte unter anderem der „KommunalCampus“ (2019 bis 2021).

Gemeinnützige Organisationen spielen in Deutschland eine wichtige Rolle. Trotz des hohen Frauenanteils in diesen Organisationen gibt es jedoch keine Strategien oder Quoten, mit denen der Zugang von Frauen zu Führungspositionen gefördert wird (BMFSFJ, 2017b). Das Gleiche gilt für die ehrenamtliche Arbeit in zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen, die häufig auch ehrenamtlich geführt werden.

³⁷ Siehe Bundesregierung (2017, S. 30). Die Zahlen für den öffentlichen Sektor sind nicht vergleichbar mit denen des privaten Sektors, weil die Definition von „Führungsaufgaben“ im öffentlichen Sektor viel weiter gefasst ist. Zu 2021 siehe BMFSFJ (2021a).

³⁸ Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24. April 2015 (BGBl. I S. 642).

³⁹ Bundesgleichstellungsgesetz vom 24. April 2015 (BGBl. I S. 642, 643), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. August 2021 (BGBl. I S. 3311).

⁴⁰ Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (BGBl. I S. 331).

⁴¹ Nach Angaben des Auswärtigen Amtes lag der Anteil von Frauen in Führungspositionen im Jahr 2022 bei 26 Prozent; das entspricht einem Anstieg von 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. (Auswärtiges Amt, 2023, S. 82).

Die Repräsentation von Frauen und Männern in den deutschen Führungs- und Entscheidungsebenen ist also andere als ausgeglichen und ergibt ein gemischtes Bild. In den Aufsichtsräten der Privatwirtschaft ist der Frauenanteil in den letzten Jahren zwar gestiegen, in den Vorständen bleibt er jedoch gering. Im öffentlichen Sektor gibt es deutliche Unterschiede. Die hier vorgestellten Strategien reichen ganz offensichtlich nicht aus, um die erheblichen Unterschiede in der Repräsentation von Frauen und Männern grundlegend zu verändern. In den Zielen der G7 und der G20 ist allerdings auch lediglich allgemein von einem verbesserten Zugang von Frauen zu Führungs- und Entscheidungspositionen die Rede. Es bleibt abzuwarten, ob die genannten Maßnahmen genügen, um dieses Ziel zu erreichen.

3.3 Bildung und Ausbildung

3.3.1 Ziele

Seit 2015 enthalten die Kommuniqués der G7-Staats- und Regierungschef*innen regelmäßig allgemeine Ziele, die der Bedeutung von qualifizierter Bildung und Ausbildung für Frauen und Mädchen Rechnung tragen. So enthält das Kommuniqué der G7-Staats- und Regierungschef*innen von 2016 die folgende Erklärung: „Wir verpflichten uns, Frauen und Mädchen Teilhabe zu ermöglichen, unter anderem durch den Aufbau von Kapazitäten wie Bildung und Ausbildung“ (G7, 2016). Darüber hinaus hat die Gruppe auch konkretere gleichstellungsbezogene Ziele im Bildungsbereich festgelegt, die über die Ziele der G20 hinausgehen. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit enthält das Kommuniqué der G7-Staats- und Regierungschef*innen von 2015 ein quantitatives Ziel zur Förderung der beruflichen Bildung von Frauen und Mädchen. Die G7-Länder sollen Strategien umsetzen, um die Anzahl der Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern, die durch G7-Maßnahmen beruflich qualifiziert werden, bis 2030 um ein Drittel zu erhöhen (im Vergleich zu „business as usual“).

Politische Verpflichtungen finden sich vor allem in den politischen Dokumenten der G7 seit 2015, zum Beispiel in den 2016 von den Staats- und Regierungschef*innen verabschiedeten „G7 Guiding Principles for Capacity Building of Women and Girls“ (G7, 2016b). Eines der Ziele besteht darin, geschlechtsspezifischen Stereotypen in der Bildung abzubauen; hierzu sollen Lehrkräfte und Verwaltungen in Bildungsinstitutionen für das Thema sensibilisiert werden. Ein weiteres Ziel ist die Ausweitung von Stipendienprogrammen für Studierende in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus soll das schulische Umfeld verbessert werden, indem gegen Gewalt in Schulen vorgegangen und sichergestellt wird, dass angemessene, nach Geschlechtern getrennte sanitäre Einrichtungen zur Verfügung stehen. Lehrkräfte werden in geschlechtersensiblen Lehrmethoden geschult oder Schulen mit weiblichen Lehrkräften besetzt („je nach den Gegebenheiten des Landes“ (G7, 2016b). Auch andere Bildungshindernisse für Mädchen und Frauen werden in Angriff genommen, darunter diskriminierende gesellschaftliche Normen oder frühe Schwangerschaften. Für die G7 gehört dazu auch eine umfassende Sexualerziehung, denn Jugendliche müssen über ihre sexuellen Rechte und die Risiken für ihre sexuelle Gesundheit Bescheid wissen: „Schulen können und müssen zum Bewusstsein über diese Rechte beitragen und die sexuelle und reproduktive Gesundheit stärken“ (G7, 2019).

Die G7 legt besonderen Wert auf die Ausbildung in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Die Women's Initiative in Developing STEM Career (WINDS) (G7, 2016) zielt darauf ab, Netzwerke für Frauen in diesen Bereichen zu stärken und weibliche Vorbilder als „WINDS-Botschafterinnen“ sichtbar zu machen.

In Folge der Covid-19-Pandemie laufen weltweit etwa 11 Millionen Mädchen von der Vorschule bis zur Sekundarstufe Gefahr, ihre Schulausbildung abzubrechen (G7, 2021, S. 21). Vor diesem Hintergrund verpflichtet sich die G7 zu zwei quantitativen Zielen für die Bildung von Mädchen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die bis 2026 erreicht werden sollen: Erstens sollen weitere 40 Millionen Mädchen eingeschult werden, und zweitens sollen weitere 20 Millionen Mädchen bis zum Alter von 10 Jahren oder bis zum Ende der Grundschulzeit lesen lernen (G7, 2021, S. 24). Darüber hinaus versprechen die Staats- und Regierungschef*innen der G7, in den folgenden fünf Jahren mindestens 2,75 Milliarden US-Dollar für die GPE bereitzustellen (G7, 2021, S. 24).

Weitere G7-Verpflichtungen zu Strategien zur Verbesserung der Bildungssituation von Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern finden sich in der Erklärung von Charlevoix über hochwertige Bildung für Mädchen, heranwachsende Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern (G7, 2018b). In dieser Erklärung verpflichten sich die G7-Staaten unter anderem dazu, dem Bildungsangebot für Mädchen und Frauen bei der humanitären Hilfe Priorität einzuräumen und die Bildungschancen für Geflüchtete zu verbessern. Außerdem sollen Maßnahmen ergriffen werden, die die Verfügbarkeit von Daten zur Bildung von Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern verbessern. Die Partnerländer werden dabei unterstützt, Mädchen und Frauen den Besuch von sicheren, qualitativ hochwertigen Bildungseinrichtungen für mindestens 12 Jahre zu ermöglichen. Zu diesem Zweck sollen 2,9 Milliarden US-Dollar mobilisiert werden (BBC, 2018).

In den Kommunikés der Staats- und Regierungschef*innen aus dem Jahr 2012 spricht die G20 das Thema Bildung und Ausbildung für Mädchen und Frauen erstmals in einer allgemeinen Erklärung zur Bildungsgleichheit an: „Wir bringen [...] unsere feste Entschlossenheit zum Ausdruck, die Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Bereichen zu fördern, darunter beim Erwerb von beruflichen Fähigkeiten“ (G20, 2012, S 7). Ähnliche Ziele finden sich auch in den Kommunikés der G20-Staats- und Regierungschef*innen von 2017, 2018 und 2019. Besonderes Augenmerk wird auf den Erwerb von Fähigkeiten in den Bereichen Naturwissenschaften, Medizin, Technik, Innovation und Ingenieurwesen durch Mädchen und Frauen gelegt.

Auch die entwicklungspolitische G20-Initiative #eSkills4Girls, die 2017 während der deutschen Ratspräsidentschaft ins Leben gerufen wurde, legt einen Schwerpunkt auf diese Bereiche (G20, 2017). Ziel der Initiative ist es, das Bildungsangebot für Mädchen und Frauen im Hinblick auf die Digitalisierung zu verbessern, insbesondere in sogenannten Entwicklungsländern. Die Initiative hat zum Beispiel eine Online-Plattform für den Wissens- und Erfahrungsaustausch eingerichtet. Die Plattform bietet auch Informationen über Projekte der G20-Länder und anderer Akteure mit ähnlicher Zielsetzung.

3.2.2 Umsetzung in Deutschland

Deutschland hat in den vergangenen Jahren verschiedene Maßnahmen und Strategien eingeführt, die zur Umsetzung der Bildungsziele der G7 und der G20 beitragen könnten. Einige dieser Strategien wurden allerdings schon vor den G7- und G20-Beschlüssen initiiert.

So sollen Initiativen wie „Klischeefrei“, „Girls' Day“ und „Boys' Day“ Geschlechterstereotypen entgegenwirken.⁴² Die vom BMBF und vom BMFSFJ geförderte Initiative „Klischeefrei“ richtet sich an Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Berufsberater*innen und Eltern und bietet u.a. eine digitale Sammlung von Studien, Fachberichten, Arbeitsmaterialien und Praxisbeispielen zum Thema Berufsorientierung jenseits von Geschlechterklischees an. Zwischen 2016 und 2021 hat das BMBF mit seiner Förderrichtlinie „Erfolg mit MINT – Neue Chancen für Frauen“ 55 Projekte mit insgesamt rund 20,5 Millionen Euro gefördert (BMBF, 2020).

⁴² Die Initiative „Klischeefrei“. Für weitere Informationen siehe https://www.klischee-frei.de/de/klischeefrei_60312.php

Solche Initiativen bieten die Möglichkeit, die Bildungschancen von Frauen in MINT- und Ingenieurberufen zu verbessern, also in Bereichen, in denen Frauen traditionell unterrepräsentiert sind. Andere Strategien zielen darauf ab, den Frauenanteil in Forschung und Lehre zu verbessern. So führen Bund und Länder seit 2008 ein Programm zur Steigerung des Frauenanteils in der Professor*innenschaft durch – 2021 waren nur 27 Prozent der Hochschulprofessuren mit Frauen besetzt (Forschung & Lehre, 2017; Statistisches Bundesamt, 2022a). Hochschulen, die sich an der dritten Förderphase des Professorinnenprogramms beteiligen, sind ab 2023 verpflichtet, Gleichstellungskonzepte vorzulegen. Erfüllen sie die Förderbedingungen, so können sie bis zu drei weiblich besetzten Professuren über einen Zeitraum von bis zu acht Jahren gefördert bekommen (BMBF, 2022). Auch in der Exzellenzstrategie des Bundes zur Stärkung der universitären Spitzenforschung spielt die Gleichstellung eine Rolle. So haben sich einige Hochschulen Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils in Spitzenpositionen gesetzt. Inwiefern diese Initiativen dazu beitragen, die Perspektive für Frauen in der Wissenschaft weniger prekär zu gestalten, ist jedoch bei weitem nicht gesichert, vor allem nicht in Fachbereichen außerhalb der Naturwissenschaften und der Mathematik.

Was die Ziele und Verpflichtungen der G7 und G20 zur Verbesserung der Bildungschancen von Frauen in den sogenannten Entwicklungsländern betrifft, lassen sich Rückschlüsse daraus ziehen, welche Mittel deutsche Entwicklungsorganisationen zu diesem Zweck erhalten haben. Nach Angaben der OECD hat Deutschland 2021 40,39 Millionen US-Dollar für Bildungsinitiativen in sogenannten Entwicklungsländern ausgegeben, bei denen die Geschlechtergleichstellung ein explizites Ziel bzw. grundlegend für die Konzeption der Strategie war (Gleichstellung als „Hauptziel“) (OECD, o.J.). Für den enger gefassten Bereich der beruflichen Bildung für Frauen in Entwicklungsländern – Gegenstand eines quantitativen Ziels der G7 2015 – beliefen sich die Ausgaben für Initiativen mit dem Geschlechtergleichstellung 2021 auf 8,7 Millionen US-Dollar (OECD, o.J.). Diese Zahlen weisen darauf hin, dass die deutsche Entwicklungsarbeit nur in geringem Umfang auf die gleichstellungsrelevanten Entwicklungsziele der G7 abzielt. Berücksichtigt man auch die Initiativen, bei denen die Geschlechtergleichstellung kein Hauptziel, sondern lediglich ein „wesentliches Ziel“ ist, so liegen die Bildungsausgaben natürlich deutlich höher, (beispielsweise 272,9 Millionen US-Dollar im Bereich der beruflichen Bildung anstelle der oben genannten 8,7 Millionen US-Dollar) (OECD, o.J.; s. a. BMZ, 2023, S. 24-26).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bundesregierung in den vergangenen Jahren einige Maßnahmen zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung im Bereich der Bildung und Ausbildung in Deutschland ergriffen hat. Wie stark die genannten Initiativen tatsächlich dazu beigetragen haben, die von der G7 und der G20 erklärten allgemeinen Ziele zu verwirklichen, ist jedoch schwer zu beurteilen. Darüber hinaus ist es sehr fraglich, ob die Mittel, die Deutschland im Rahmen seiner Entwicklungszusammenarbeit für die Förderung der Bildung und Ausbildung von Frauen und Mädchen bereitstellt, einen ausreichenden Beitrag zur Umsetzung der diesbezüglichen G7- und G20-Verpflichtungen darstellen.

3.4 Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt

3.4.1 Ziele

„[D]ie Folgen von Kriegen, Konflikten und Flucht überall auf der Welt zeigen deutlich, dass Frauen, Mädchen sowie Personen, die aufgrund ihrer Geschlechtsidentität, sexuellen Orientierung oder Behinderung am stärksten gefährdet sind, unverhältnismäßig stark in Mitleidenschaft gezogen werden“ (G7, 2022, S. 29). Vor dem Hintergrund zahlreicher bewaffneter Konflikte weltweit – darunter Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine – verpflichtete sich die G7, Geflüchtete zu schützen und die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen zu berücksichtigen (G7, 2022). Die Mitgliedsstaaten verurteilten die Anwendung sexueller Gewalt in Konfliktsituationen (G7, 2021) und forderten Verbesserungen im Bereich der Dokumentation und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen, zu denen häufig Formen geschlechtsspezifischer und/oder sexualisierter Gewalt zählen (G7, 2022).

Gleichzeitig hat die G7 anerkannt, dass die Covid-19-Pandemie zu einer Zunahme von häuslicher Gewalt geführt hat (G7, 2021). Die G7 hat wiederholt das allgemeine Ziel erklärt, Frauen vor Gewalt zu schützen, und 2021 schließlich dazu aufgerufen, „Gewalt und Diskriminierung gegenüber LGBTQTI+ [zu] bekämpfen“ (G7, 2021, S. 23).

Bereits die Communiqués der Staats- und Regierungschef*innen von 2012 enthalten beispielsweise die folgende Erklärung: „Wir verurteilen Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie den Frauen- und Mädchenhandel, und wir sind fest entschlossen, ihnen Einhalt zu gebieten“, (G8, 2012, S. 9). Auch die Themen Kinder-, Früh- und Zwangsheirat (G7, 2014), weibliche Genitalverstümmelung (G7, 2014) sowie sexuelle Belästigung, Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie Frauen- und Mädchenhandel (G8, 2012; G7, 2015; 2016; 2018; 2019; 2021; 2022) werden angesprochen. Ergänzt werden diese allgemeinen Ziele durch unterschiedliche Verpflichtungen zu konkreten Maßnahmen.

Im Berichtszeitraum haben sich die Staats- und Regierungschef*innen der G7 wiederholt dazu verpflichtet, die Agenda des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS) bei ihren innen- und außenpolitischen Entscheidungen und Aktivitäten zu berücksichtigen (G7, 2016; 2018; 2019; 2022). So haben sie sich verpflichtet, die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats umzusetzen (G7, 2016; 2017b), und finanzielle sowie technische Unterstützung für die Umsetzung von Nationalen Aktionsplänen (NAPs) im Bereich WPS zugesagt. Bei den NAPs handelt es sich um gemeinsam mit den Vereinten Nationen entwickelte Pläne, mit denen die UN-Friedenstruppen besser zu geschlechtsspezifischen Fragen geschult und der Frauenanteil in der Justiz und im Sicherheitssektor erhöht werden soll (G7, 2016). Ein weiteres Ziel besteht darin, weiblichen Geflüchteten sowie Frauen und Mädchen in Krisen- und Katastrophengebieten mehr Schutz und besseren Zugang zum Rechtssystem zu gewähren, im Einklang mit dem 3R-Ziel (Rechte, Ressourcen und Repräsentation) (G7, 2016).

Der G7-Fahrplan für ein geschlechtergerechtes Wirtschaftsumfeld (G7, 2017b) zielt darauf ab, nationale Strategien zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen umzusetzen und zu diesem Zweck Finanz- und Personalressourcen bereitzustellen. Außerdem sollen Daten gesammelt werden, auf deren Grundlage die Ursachen und Auswirkungen von Gewalt gegen Frauen untersucht und gefährdete Gruppen identifiziert werden können. Für Frauenhäuser, Frauenorganisationen, die sich für die Bekämpfung von Gewalt einsetzen, und die Ausbildung von Personen, die in der Opferhilfe tätig sind, sollen bis 2022 ausreichend Mittel bereitgestellt werden. Personen, die in Menschenhandel und Ausbeutung verwickelt sind, sollen unverzüglich und effektiv strafrechtlich verfolgt werden.

2018 veröffentlichten die G7-Staaten auch das Bekenntnis von Charlevoix zur Beendigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Misshandlung und Belästigung in digitalen Kontexten. Darin verpflichten sich die G7-Staaten, die Entwicklung von Gesetzen, Gewaltbekämpfungsstrategien und Bildungsprogrammen voranzutreiben, die mit den technologischen Entwicklungen Schritt halten. Geplant ist die Unterstützung von Kampagnen, die das Bewusstsein für sexuelle und geschlechtsspezifische Belästigung im digitalen Kontext schärfen. Darüber hinaus sollen nationale Strategien zur Unterbindung des Menschenhandels im Internet koordiniert und einschlägige Erfahrungen ausgetauscht werden. Hierzu zählen auch die Erfassung und Analyse relevanter Daten.

2017 gab die G20 ihre erste Erklärung zum Schutz von Frauen vor Gewalt ab: „Wir verpflichten uns [...], weitere Maßnahmen zu ergreifen, um [...] Frauen vor allen Formen der Gewalt zu schützen“ (G20, 2017, S.13). Außerdem erklärt die G20 das allgemeine Ziel, den Schutz für weibliche Flüchtlinge und Migranten zu verbessern (G20, 2017). Zwar wurde das allgemeine Ziel, Frauen vor Gewalt zu schützen, in den darauffolgenden Jahren erneut bekräftigt (G20, 2018; 2019), die politischen Dokumente der G20 enthalten jedoch keine konkreten diesbezüglichen Ziele.

3.4.2 Umsetzung in Deutschland

Im Koalitionsvertrag 2021 erklärten die Regierungsparteien: „Wir stärken die Rechte, Repräsentanz und Ressourcen von Frauen, Mädchen und marginalisierter Gruppen wie LSBTI“ (Bundesregierung, 2021b, S. 152). In diesem Geiste und in Anlehnung an die Formulierung des G7-Kommuniqués (G7, 2021) beschloss die Bundesregierung im Dezember 2022, „geschlechtsspezifische“ sowie „gegen die sexuelle Orientierung gerichtete“ Motive, also Tatmotive, die sich speziell gegen Frauen, Mädchen und LGBTIQ*-Personen richten, ausdrücklich in die Strafgesetze zu Hasskriminalität aufzunehmen (BMFSFJ, 2022b).

Seit 2013 veröffentlicht Deutschland alle drei Jahre NAPs zur Umsetzung der WPS-Agenda. Diese umfasst die vier Bereiche Partizipation, Prävention, Schutz, Nothilfe und Wiederaufbaumaßnahmen. Seit Beginn des russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 und der Machtübernahme durch die Taliban in Afghanistan im Jahr 2021 werden das Thema geschlechtsspezifische Gewalt und Gewalt gegen Frauen in Konfliktkontexten im Allgemeinen und die Themen des NAP im Besonderen in der Bundespolitik immer wichtiger und sichtbarer.

Seit Februar 2022 ist die Zahl der Ukrainer*innen in Deutschland stark angestiegen. Im November 2022 lebten 1.035.000 ukrainische Staatsbürger*innen in Deutschland, fast siebenmal mehr als vor Kriegsbeginn. Zwei Drittel von ihnen sind Frauen und Mädchen (Statistisches Bundesamt, 2022c). Als Geflüchtete sind Frauen, Kinder und LGBTIQ* weltweit einem erhöhten Risiko ausgesetzt, Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt, Menschenhandel und Ausbeutung zu werden. Sie stellen somit eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar. Aus diesem Grund förderte das BMFSFJ von August 2022 bis Januar 2023 ein Projekt des KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V.) zur Sensibilisierung für und Prävention von Menschenhandel sowie zur Stärkung von Kooperationsstrukturen für Betroffene. Das Projekt konzentrierte sich insbesondere auf die Situation ukrainischer Geflüchteter in Deutschland und zielte im Sinne der WPS-Agenda darauf ab, den Status quo zu erfassen, um die notwendigen mittel- und langfristigen Maßnahmen zum Schutz vor Menschenhandel zu identifizieren (KOK, 2022a, 2022b).

Deutschlands Ratifizierung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (auch bekannt als Istanbul-Konvention) ist ein Schritt zur Umsetzung der G7- und G20-Ziele in diesem Bereich. Die Konvention ist ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen, in dem sich die Mitgliedsstaaten zu einer Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung sämtlicher Formen von Gewalt gegen Frauen verpflichten (zu den Maßnahmen zählen beispielsweise Richtlinien zur Prävention, Opferhilfe und zum Strafrecht). Die Ratifizierung durch Deutschland ist am 1. Februar 2018 in Kraft getreten (BMFSFJ, 2017a, S. 12); die Umsetzung verläuft allerdings weiterhin schleppend, insbesondere im Bereich der Migration.

Mit der Verschärfung des Sexualstrafrechts („Nein heißt Nein“-Gesetz) haben die Gesetzgebenden 2016 den Vergewaltigungsbegriff ausgeweitet.⁴³ Nach diesem Gesetz wird jede sexuelle Handlung, die gegen den „erkennbaren Willen“ der beteiligten Person erfolgt, mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bestraft.

⁴³ Fünfzigstes Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung of 4 November 2016 (BGBl. 2016 I, p. 2460).

2017 verabschiedete Deutschland ein Gesetz zum besseren Schutz vor Stalking-Handlungen, die die Fähigkeit einer Person einschränken, ihr Leben zu leben, oder die den Verlust des Lebens, körperliche Verletzungen, Gesundheitsschäden oder die Freiheit der Person selbst oder ihrer Verwandten oder Angehörigen zur Folge haben.⁴⁴

Im Hinblick auf die G7-Verpflichtungen von 2017 bis 2022 zur Verbesserung der Hilfen für gewaltbetroffene Frauen ist das „Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ des BMFSFJ besonders relevant. Dieses Programm steht im Zusammenhang mit dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“. Ziel des Förderprogramms ist es, Länder und Kommunen dabei zu unterstützen, passgenaue Hilfen auszubauen und neue Formen der Unterstützung für weibliche Gewaltopfer zu erproben und zu entwickeln. Im Rahmen des Programms investiert die Bundesregierung von 2020 bis Ende 2023 120 Millionen Euro in den Ausbau, die Sanierung und den Neubau von Frauenhäusern und Beratungsstellen in Deutschland.⁴⁵ Ein Runder Tisch, an dem neben der Bundesregierung auch regionale und kommunale Behörden beteiligt sind, wird Beratungen anbieten.⁴⁶ Im Rahmen des Programms hat das BMFSFJ auch die Initiative „Stärker als Gewalt“ ins Leben gerufen, die darauf abzielt, die Einstellung der Gesellschaft zu Gewalt gegen Frauen zu verändern und das Bewusstsein für Hilfsangebote zu schärfen. Im Februar 2023 startete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“.⁴⁷

Positiv hervorzuheben ist, dass diese Gesetze und Programme alle Formen der sexuellen Gewalt gegen Frauen und Kinder abdecken. Sie entsprechen damit dem Bekenntnis von Charlevoix zur Beendigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Misshandlung und Belästigung in digitalen Kontexten und der Biarritz-Partnerschaft für Geschlechtergleichstellung. Ob die bereitgestellten Mittel ausreichen werden, um die genannten Ziele zu erreichen (vgl. Deutscher Frauenrat, 2019, S. 3), bleibt jedoch abzuwarten. Dem Deutschen Frauenrates zufolge führt die Überbelegung von Frauenhäusern dazu, dass Frauen abgewiesen werden müssen, die Gewalt erfahren haben (vgl. BMFSFJ, 2012). Solange Frauenhäuser und ähnliche Einrichtungen nicht ausreichend Finanzmittel erhalten, ist nicht gewährleistet, dass die entsprechenden Ziele erreicht werden können.

⁴⁴ Gesetz zur Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellungen of 1 March 2017 (BGBl. 2017 I, p. 386).

⁴⁵ Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“; weitere Informationen unter <https://www.gemeinsam-gegen-gewalt-an-frauen.de/> – letzter Zugriff 24.05.2023.

⁴⁶ Weitere Informationen unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/gemeinsam-gegen-gewalt-an-frauen/128304> – letzter Zugriff 24.05.2023.

⁴⁷ Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/lisa-paus-gruendet-buendnis-gemeinsam-gegen-sexismus--221650> – letzter Zugriff 24.05.2023.

4 Schlussfolgerung

Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen Jahren in einem zunehmenden Maße Eingang in die Agenden der G7 und der G20 gefunden. Im Gegensatz zur G20 befasst sich die G7 nicht nur mit der Situation von Frauen und Mädchen, sondern bezieht bei der Gleichstellungsthematik seit 2021 explizit LGBTQ*-Personen mit ein (G7, 2021, S. 23). Beide Foren haben eine Reihe von gleichstellungsrelevanten Zielen verabschiedet, darunter vor allem solche, die die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen betreffen. In geringerem Maße enthalten die Dokumente der Gruppen auch Ziele zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen, gleiche Bildungschancen und den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt. In jüngster Zeit ist die feministische Außen- und Entwicklungspolitik als neue Themen auf der Agenda der G7 aufgetaucht (G7, 2022). In vielen Fällen formulieren die beiden Foren allgemeine Ziele, die kaum mehr leisten, als die Bedeutung der Geschlechtergleichstellung in dem jeweiligen Politikbereich zu betonen. Die politischen Dokumente der G7 und der G20 enthalten jedoch auch ein quantitatives Ziel zur Beschäftigungslücke, die laut Erklärung der G20 2014 in Brisbane bis 2025 um 25 Prozent verringert werden soll.⁴⁸ Darüber hinaus haben sich die G7 und die G20 zu mehr oder weniger konkreten politischen Maßnahmen verpflichtet, die umzusetzen die Mitgliedstaaten aufgefordert werden. Dabei sind die Beschlüsse der G7 oft ehrgeiziger und konkreter als die der G20.

In Deutschland lassen sich gewissen Fortschritte auf dem Weg zu dem Ziel der G20 und G7 erkennen, die Beschäftigungsquote von Frauen zu erhöhen. Änderungen in der Gleichstellungsgesetzgebung (s.o.) haben zu einer Verringerung der Beschäftigungslücke um beinahe 20 Prozent zwischen 2014 und 2021 geführt. Diese Zahlen berücksichtigen jedoch nicht die hohe Teilzeitbeschäftigungsquote von Frauen; außerdem wird das Problem der prekären Arbeit nach wie vor nicht angegangen. Auch in Deutschland wurden in den letzten Jahren verschiedene Gesetze und andere Maßnahmen verabschiedet, die dazu beitragen können, die allgemeinen Ziele und quantitativen Vorgaben voranzubringen und die Zusagen für Politikmaßnahmen umzusetzen. Dies gilt insbesondere für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und den Schutz vor Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifischer Gewalt. Weitaus weniger einschlägige Reformen und Initiativen gab es in den Bereichen des erleichterten Zugangs zu Führungspositionen und besserer Bildungschancen für Mädchen und Frauen. Im März 2023 haben die zuständigen Ministerinnen ihre Strategien für eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik vorgestellt. Fragen der tatsächlichen Umsetzung sollten daher Gegenstand künftiger Evaluierungen sein.

Insgesamt reichen die in diesem Bericht beschriebenen Strategien und Maßnahmen nicht aus, um die von der G7 und der G20 formulierten Ziele vollständig umzusetzen. Die Hoffnung, dass von den G7- und G20-Beschlüssen Druck auf eine progressive Gleichstellungspolitik in Deutschland ausgeht, hat sich bislang allenfalls punktuell erfüllt.

⁴⁸ Die G20 verpflichteten sich auch zu einem quantitativen Ziel für die berufliche Bildung von Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern und zur Finanzierung entsprechender Strategien.

5 Quellenverzeichnis

- Auswärtiges Amt. (2023). **Feministische Außenpolitik gestalten: Leitlinien des Auswärtigen Amts.**
<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/230301-ll-ffp-data.pdf>
 – letzter Zugriff 20.05.2023
- BBC. (2018, June 9). **G7 summit: \$3bn pledge for girls' education.** <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-44427548>
 – letzter Zugriff 20.05.2023
- Berger, A., Grimm, S., & Cooper, A.F. (2019). **A decade of G20 summitry: Assessing the benefits, limitations and future of global club governance in turbulent times.** South African Journal of International Affairs, 26(4).
<https://doi.org/10.1080/10220461.2019.1705889> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Berger, A., Hilbrich, S., & Köhler, G. (2020). **The implementation of the G7 and G20 gender equality goals in Germany** (Discussion Paper 5/2020). Bonn: German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).
- Bertelsmann Stiftung. (2022). **2023 fehlen in Deutschland rund 384.000 Kita-Plätze.**
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/oktober/2023-fehlen-in-deutschland-rund-384000-kita-plaetze> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Birkenkötter, H., Köhler, G., & Stock, A. (2019). **A tale of multiple disconnects: Why the 2030 Agenda does not (yet?) contribute to moving German gender equality struggles forward (Discussion Paper 29).**
 Retrieved from <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2019/05/discussion-paper-a-tale-of-multiple-disconnects> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMAS (Federal Ministry of Labour and Social Affairs). (s.a.-a). **Rente und Altersvorsorge.**
<https://www.bmas.de/DE/Soziales/Rente-und-Altersvorsorge/rente-und-altersvorsorge.html> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMAS. (s.a.-b). **Arbeitsförderung.**
<https://www.bmas.de/DE/Arbeit/Arbeitsfoerderung/arbeitsfoerderung.html> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMBF (Federal Ministry of Education and Research). (2022, November 4). **Das Professorinnenprogramm.**
<https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/gleichstellung-und-vielfalt-im-wissenschaftssystem/frauen-im-wissenschaftssystem/das-professorinnenprogramm.html> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMBF. (2020). **Success with STEM – new chances for women.** Retrieved from
https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/downloads/files/201110_bmbf_management-summary_6seiten_a4_en_bf_214.pdf?_blob=publicationFile&v=2 – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ (Federal Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth). (2012). **Bericht zur Situation der Frauenhäuser, der Fachberatungsstellen und anderer Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder** (Deutscher Bundestag. Drucksache 17/10500). <https://www.bmfsfj.de/blob/93350/e8f90d-2446d01af18a3c88a110200457/bericht-der-bundesregierung-zur-situation-der-frauenhaeuser-data.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ. (2017a). **Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung** (Deutscher Bundestag. Drucksache 18/12840). Berlin: Autor*in (Referat Öffentlichkeitsarbeit).

- BMFSFJ. (2017b). **Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten: Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung.** Berlin: Autor*in (Referat Öffentlichkeitsarbeit).
- BMFSFJ. (2017c). **Kaum weibliche Führungskräfte in Non-Profit-Organisationen.**
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/kaum-weibliche-fuehrungskraefte-in-non-profit-organisationen-120468> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ. (2019). **Bericht der Bundesregierung zur Wirksamkeit des Gesetzes zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern sowie zum Stand der Umsetzung des Entgeltgleichheitsgebots in Betrieben mit weniger als 200 Beschäftigten.** <https://www.bmfsfj.de/blob/137224/79c7431772c314367059abc8a3242a55/bericht-der-br-foerderung-entgelttransparenz-data.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ. (2021a). **Die Familienpflegezeit.** <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/aeltere-menschen/hilfe-und-pflege/die-familienpflegezeit-75714> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ. (2021b). **Dritter Gleichstellungsbericht. Digitalisierung geschlechtergerecht gestalten.**
<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/184544/c0d592d2c37e7e2b5b4612379453e9f4/dritter-gleichstellungsbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ. (2022a). **“Queer leben”: Aktionsplan der Bundesregierung für Akzeptanz und Schutz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.** <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/205126/857cb513dde6ed0dca6759ab1283f95b/aktionsplan-queer-leben-data.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ. (2022b). **Bundesregierung will Hasstaten gegen LSBTIQ* besser ahnden.**
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundesregierung-will-hasstaten-gegen-lsbtqi-besser-ahnden-208092> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMFSFJ. (2023). **Mehr Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst.**
<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-und-arbeitswelt/quote-oeffentlicher-dienst> – letzter Zugriff 20.05.2023
- BMZ (Federal Ministry for Economic Cooperation and Development). (2023). **Feministische Entwicklungspolitik: Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit.** <https://www.bmz.de/resource/blob/146200/strategie-feministische-entwicklungspolitik.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Bundesregierung. (2017). **Erste jährliche Information der Bundesregierung über die Entwicklung des Frauen- und Männeranteils and Führungsebenen und Gremien der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes** (Deutscher Bundestag. Drucksache 18/11500). <https://www.bmfsfj.de/blob/115648/916d83985cd40e23540818f4fec2c1c0/bundestagsdrucksache-quotenbericht-data.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Bundesregierung. (2019a). **Stand der Umsetzung der Agenda 2030 und der globalen Nachhaltigkeitsziele in, durch und mit Deutschland** (Deutscher Bundestag. Drucksache 19/13352). Berlin: Autor*in.
- Bundesregierung. (2019b). **Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung unterhaltsverpflichteter Angehöriger in der Sozialhilfe und in der Eingliederungshilfe.** Berlin: Autor*in. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/133/1913399.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Bundesregierung. (2021a, February 24). **New National Action Plan on the UN agenda “Women, Peace and Security” adopted.** <https://www.bundesregierung.de/breg-en/service/archive/aktionsplan-zur-agenda-frauen-frieden-und-sicherheit-1861376> – letzter Zugriff 20.05.2023

- Bundesregierung. (2021b). **Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.** <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Bundesministerium für Gesundheit. (s.a.). **Konzertierte Aktion Pflege.** <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/konzertierte-aktion-pflege.html> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Callaghan, M. (2015). **G20 growth targets: Help or hubris?** *Global Summitry*, 1(1), 27-40.
- CEDAW-Allianz Deutschland. (2019). **Recht auf Gleichstellung. Zum Stand der Umsetzung der Frauenrechtskonvention in Deutschland.** <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/11/AlternativBericht-final-web.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Cooper, A., & Thakur, R. (2013). **The Group of Twenty (G20).** London: Routledge.
- Deutscher Bundestag. (2022, December). **Wie der Frauenanteil im Bundestag gesteigert werden kann.** <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw19-pa-wahlrechtskommission-repraesentanz-891506> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Deutscher Frauenrat. (2019). **Geschlechtergerechtigkeit stärkt Demokratie: Frauen- und gleichstellungspolitische Halbjahresbilanz zur Politik der Bundesregierung.** <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/10/DF-Halbjahresbilanz-der-Arbeit-in-der-Bundesregierung.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Deutscher Frauenrat. (2023). **Feministische Außenpolitik: Gleichstellungspolitischen Kulturwandel im Auswärtigen Amt auf die ganze Bundesregierung ausweiten.** <https://www.frauenrat.de/feministische-aussenpolitik-gleichstellung-spolitischen-kulturwandel-im-auswaertigen-amt-auf-die-ganze-bundesregierung-ausweiten/> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Eurostat. (2023, February 15). **Beschäftigte und Erwerbspersonen nach Alter und Geschlecht - jährliche Daten.** https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/LFSI_EMP_A__custom_5178359/default/table – letzter Zugriff 20.05.2023
- FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte). (2019). **Women-on-Board-Index 185 2019. Frauen in die Aufsichtsräte e.V.** https://www.fidar.de/webmedia/documents/wob-index-185/2019-06/190114_Studie_WoB-Index_185_III.pdf – letzter Zugriff 20.05.2023
- Forschung & Lehre. (2017). **45 Prozent neue Professuren an Frauen.** <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/45-prozent-neue-professuren-an-frauen-1160/> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2014). **The Brussels G7 summit declaration. June 4-5.** https://ec.europa.eu/commission/presscorner/api/files/document/print/en/memo_14_402/MEMO_14_402_EN.pdf – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2015a). **Abschlussklärung G7-Gipfel, 7./8. Juni 2015.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/398764/513305aeedad69373093369dcb358581/2015-06-08-g7-abschluss-eng-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2015b). **Annex zur Abschlussklärung G7-Gipfel, 7.–8. Juni 2015.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/398768/9ca086ffa2a7095d62c82e036f174a2f/2015-06-08-g7-abschluss-annex-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023

- G7. (2016a). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 in Ise Shima. 26./27. Mai.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/475132/96cfc8def1c47a27360c7b574be09229/2016-05-27-g7-deu-data.pdf?download=1>
– letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2016b). **G7 Guiding Principles for Capacity Building of Women and Girls.** <https://www.mofa.go.jp/files/000160274.pdf>
– letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2017a). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G7 von Taormina. 26./27. Mai**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/475066/012e87d89c8cff66b2656c8f054f77b2/2017-05-27-g7-erklaerung-abschluss-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2017b). **G7 Roadmap for a Gender-Responsive Economic Environment.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/475094/ea18a50c780b2cb06dd84693c4fe4328/2017-05-26-g7-roadmap-gender-en-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2018a). **Kommuniqué des G7-Gipfels von Charlevoix. 8./9. Juni.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1142186/3aba8ac7c920234ed8e7b8e190cf7783/2017-05-27-g7-erklaerung-final-deu-data.pdf?download=1>
– letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2018b). **Erklärung von Charlevoix über hochwertige Bildung für Mädchen, heranwachsende Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1142210/90f153fd5797c4da589b6ca321125e79/2018-06-09-g7-kanada-education-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2019). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7. Biarritz, 26. August 2019.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1664104/44071b3fa2011c5bef1d8e06355b5be9/2019-08-26-g7-biarritz-abschlusserklaerung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2020). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 vom 16. März 2020.** <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/erklaerung-der-staats-und-regierungschefs-der-g7-vom-16-maerz-2020-1731004> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2021). **Kommuniqué des G7-Gipfels von Carbis Bay.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1928210/c63ddfaa5f049f3e3c15c49ef89e76f9/2021-06-13-g7-abschlusserklaerung-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G7. (2022). **Kommuniqué der G7 Staats- und Regierungschefs.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2059932/ea93246b5d88fc4acefadffa93d4918d/kommuniqu%C3%A9-g7-arbeitsuebersetzung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G8. (2009). **Gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft. 8.-10. Juli.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/389190/03fd4673a1bcf68bae8ccebe70fb7eab/g8-erklaerung-aquila-2009-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G8. (2010). **G8-Erklärung von Muskoka. Erholung und Neuanfang. 25./26. Juni.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/389156/3a2ea76f96f3a38bb8d8cdf6c3724a79/g8-erklaerung-muskoka-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G8. (2011). **G8-Erklärung von Deauville. Erneutes Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie. 26./27. Mai.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/389086/06fb011b2fc2f643fb91455ddc100baf/g8-gipfelerklaerung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023

- G8. (2012). **Erklärung von Camp David. 18./19. Mai.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/389006/af6f96b5237883fc6bf209324cce674d/g8-camp-david-gipfelerklaerung-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G8. (2013). **Erklärung von Lough Erne. 17./18. Juni.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/388922/e0e2049c020b12c2fe2c1d5e93bd2cf/g8-lough-erne-erklaerung-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2012). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474782/44d481341bb85f421f9b3d9613026d39/g20-loscabos-gipfelkommuniqu%C3%A9-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2013). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20. 5./6. September.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474718/07679df98de1a4fd2aa6df028c9f49a8/g20-erklarung-petersburg-2013-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2014). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G20 Gipfeltreffen von Brisbane, 15./16. November 2014.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474666/c01a60ccb9e5822b0219511e86066762/2014-g20-abschlusserklaerung-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2015). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G20 Gipfeltreffen in Antalya, 15. bis 16. November 2015.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474646/1d3e03a398fa0c21a9d8665531bc7a8c/2015-g20-abschlusserklaerung-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2016). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G20. Gipfeltreffen von Hangzhou. 4./5. September 2016.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474586/b08478c23e68010fd5b8982dea1b89d5/2016-09-04-g20-kommuniqu-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2017). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs. Eine vernetzte Welt gestalten. Hamburg, 7./8. Juli 2017.** https://www.g20germany.de/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/G20-Abschlusserklaerung__blob=publicationFile&v=7.pdf – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2018). **Erklärung der G20-Staats- und Regierungschefs. Einen Konsens über eine faire und nachhaltige Entwicklung herbeiführen.** <https://www.bundeskanzler.de/resource/blob/1830100/1556456/b9ada57bdbca672b465bcd161d05550/2018-12-01-g20-abschlusserklaerung-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2019). **Erklärung von Osaka der Staats- und Regierungschefs der G20. 28./29. Juni.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1980572/14041148ab19a113a85acf79cd36083d/2021-11-11-g20-osaka-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2020). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20. G20 Riad-Gipfel – 21./22. November 2020.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/976074/1818766/c967c6d02a4015f3cfeafa326ec45936/2020-11-22-g20-erklarung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2021). **Erklärung von Rom der Staats- und Regierungschefs der G20. 30./31. Oktober.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/1973790/36e20918c0d4c0ee4fb9d2f10bd93cd2/2021-10-31-g20-erklarung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023
- G20. (2022). **Bali-Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G20. 15./16. November.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/2143372/6ae70c64a05f2e210b735d42458850fd/2022-11-16-declaration-g20-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 20.05.2023

- GEAC (Gender Equality Advisory Council). (2021). **Report of the G7 Gender Equality Advisory Council 2021. Building Back Better for Women and Girls.** https://g7geac.org/wp-content/uploads/2022/09/geac_2021_building_back_better_for_women_and_girls.pdf – letzter Zugriff 20.05.2023
- Gstühl, S. (2006). „**Governance through government networks: The G8 and international organizations.**“ Review of International Organizations, 2(1), 1-37.
- Unabhängiger Beirat für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf (2019). **Erster Bericht des unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.** https://www.wege-zur-pflege.de/fileadmin/daten/Beirat/Erster_Bericht_des_unabhaengigen_Beirats_2019.pdf – letzter Zugriff 20.05.2023
- Hajnal, P. (2016). **The G20. Evolution, Interrelationships, Documentation.** London: Routledge.
- Kaltenborn, M. (2020). „**The human rights framework for establishing social protection floors and achieving universal health coverage.**“ In M. Kaltenborn, M. Krajewski, & H. Kuhn (Hrg.), Sustainable Development Goals and Human Rights (S. 29-51). Cham: Springer. <https://link.springer.com/book/10.1007%2F978-3-030-30469-0> – letzter Zugriff 20.05.2023
- KfW DEG. (2019, 30. August). „**2X Challenge: USD 2.5 billion mobilised for women’s economic empowerment.**“ KfW DEG News. https://www.deginvest.de/Newsroom/News/News-Details_539264-2.html
- KOK. (2022a). **Ukraine-Projekt des KOK e.V.** <https://www.kok-gegen-menschenhandel.de/projekte-themen/ukraine-projekt>
- KOK. (2022b). **Menschenhandel und Ausbeutung im Kontext des Ukrainekrieges. Eine Untersuchung aus Sicht spezialisierter Fachberatungsstellen zur Situation in Deutschland.** https://www.kok-gegen-menschenhandel.de/fileadmin/user_upload/medien/Publikationen_KOK/Menschenhandel_im_Kontext_des_Ukrainekrieges_-_Bericht_des_KOK-Ukraine_Projektes.pdf – letzter Zugriff 20.05.2023
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). (o.J.). **Aid activities targeting gender equality and women’s empowerment (CRS).** https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=DV_DCD_GENDER# – letzter Zugriff 20.05.2023
- Scholte, J.A. (2016). „**Summitry, governance, and democracy.**“ In G. Mace, J.P. Therien, D. Tussie, & O. Dabène (Hrg.), Summits and Regional Governance (S. 13-29). Abington: Routledge.
- Statista. (o.J. – a). **Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen in Deutschland nach Geschlecht von 2009 bis 2022.** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/198921/umfrage/erwerbstaetigenquote-in-deutschland-und-eu-nach-geschlecht/>
- Statista. (o.J. – b). **Frauenanteil an allen Gründerpersonen in Deutschland von 2004 bis 2021.** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/197114/umfrage/anteil-der-gruenderinnen-an-allen-gruenderpersonen/> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Statista. (2022). **Geringfügig Beschäftigte in Deutschland von 2003 bis 2021 nach Geschlecht.** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151414/umfrage/geringfuegig-beschaefigte-in-deutschland-nach-geschlecht/> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Statista. (2023). **Frauenanteil in Vorständen der DAX-Unternehmen (DAX-30/DAX-40) in Deutschland von 2008 bis 2022.** <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/409010/umfrage/frauenanteil-in-dax-vorstaenden/> – letzter Zugriff 20.05.2023

- Statistisches Bundesamt. (2022a). **Bildung und Kultur: Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen. (Fachserie 11 Reihe 4.3.1)**. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/kennzahlen-nichtmonetaer-2110431217004.pdf?__blob=publicationFile – letzter Zugriff 20.05.2023
- Statistisches Bundesamt. (2022b). **Öffentliche Sozialleistungen. Statistik zum Elterngeld. Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2019 geborene Kinder**. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Elterngeld/Publikationen/Downloads-Elterngeld/elterngeld-geburten-j-5229201199004.pdf?__blob=publicationFile – letzter Zugriff 20.05.2023
- Statistisches Bundesamt. (2022c). **Bevölkerung. Starker Zuwachs an ukrainischen Staatsbürgern seit Ende Februar 2022**. https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/_inhalt.html#:~:text=Seit%20Kriegsbeginn%20ist%20die%20Zahl,Deutschland%20als%20Ende%20Februar%202022 – letzter Zugriff 20.05.2023
- Statistisches Bundesamt. (2023 a). **Gender Pay Gap 2022: Frauen verdienen pro Stunde 18 % weniger als Männer. Pressemitteilung Nr. 036 vom 30. Januar 2023**. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/01/PD23_036_621.html – letzter Zugriff 20.05.2023
- Statistisches Bundesamt. (2023 b). **Starker Zuwachs an ukrainischen Staatsbürgern seit Ende Februar 2022**. https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/_inhalt.html – letzter Zugriff 20.05.2023
- Statistisches Bundesamt. (2023 c). **Gender Pension Gap: Alterseinkünfte von Frauen 2021 fast ein Drittel niedriger als die von Männern**. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/03/PD23_N015_12_63.html – letzter Zugriff 20.05.2023
- UN (Vereinte Nationen). (1979). **Übereinkommen der Vereinten Nationen (VN) zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93360/3785562d5da761399c6f17c9abcbc94f/beseitigung-diskriminierung-der-frau-cedaw-broschuere-data.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- UN. (2015). **Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. A/RES/70/1**. <https://www.un.org/depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- Women7. (2022). **Women7 Report Card on G7 Outcomes**. <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2022/12/W7-Report-Card-1.pdf> – letzter Zugriff 20.05.2023
- World Bank. (2017). **Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi)**. <https://www.worldbank.org/de/programs/women-entrepreneurs/brief/women-entrepreneurs>

Anhang 1: Gleichstellungsziele in G7- und G20-Dokumenten zwischen 2009 – 2022

G7

Allgemeine Ziele⁴⁹

- Förderung/Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte für alle (2021, 2022)
- Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von Transgender- und nicht-binären Personen (2021, 2022)
- Berücksichtigung der gesundheitlichen Bedürfnisse von Frauen (insbesondere der sexuellen und reproduktiven Gesundheit) (2009, 2010, 2011, 2012, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2021, 2022)
- Förderung des Schutzes der Menschenrechte von Frauen (2012, 2016)
- Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Frauen, Kindern und LGBTIQ*-Personen bei Konflikten, Krisen und Vertreibung (2022)
- Bessere Dokumentation und Rechenschaftspflicht bei Menschenrechtsverletzungen wie sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, auch in Konfliktsituationen (2022)
- Bekämpfung von sexueller Belästigung, Gewalt gegen und Handel mit Frauen und Mädchen (2012, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2021, 2022)
- Verhinderung von Zwangsverheiratungen sowie von Früh- und Kinderheirat (2014)
- Unterstützung von Unternehmerinnen (2015)
- Stärkung der Rolle der Frauen bei Friedensbemühungen und Sicherheitseinsätzen (2015, 2016, 2018)
- Entwicklung von geschlechtsbezogenen Ansätzen an die Finanzierung von, Investition in und Politik zu Klima- und Naturprojekten (2021)
- Förderung der Beschäftigung von Frauen (2015, 2016, 2018, 2019, 2021)
- Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen (2009, 2015, 2016, 2018, 2019, 2021, 2022)
- Förderung von Frauen im MINT-Bereich (2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2021)
- Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer (2015, 2016)
- Einbeziehung der Geschlechtergleichstellung in alle Politikbereiche (2016, 2017, 2021, 2022)
- Gewährleistung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht (2016, 2018, 2021)
- Verbesserung des Zugangs von Frauen zu Führungspositionen (2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2021, 2022)

Quantitative Ziele

- Umsetzung der G7-Strategien zur Erhöhung der Anzahl der Frauen und Mädchen in Entwicklungsländern, die durch G7-Maßnahmen beruflich qualifiziert werden, bis 2030 um ein Drittel (verglichen mit „Business as usual“) (2015)
- Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbsquote in den G7-Ländern um 25 Prozent bis 2025 (unter Berücksichtigung der „nationalen Voraussetzungen“) (2015, 2017)
- „Wir verpflichten uns zu zwei neuen globalen Meilensteinzielen für die Bildung von Mädchen (Sustainable Development Goal 4): weitere 40 Millionen Mädchen, die bis 2026 in Ländern mit niedrigem und niedrigem mittleren Einkommen Bildungseinrichtungen besuchen und weitere 20 Millionen Mädchen bis 2026 in Ländern mit niedrigem und niedrigem mittleren Einkommen, die bis zur Vollendung des 10. Lebensjahrs oder bei Beendigung der Grundschule lesen können“ (G7 2021)
- Gemeinsame Unterstützung in Höhe von 79 Millionen US-Dollar für den Fonds zur Schaffung von Anreizen für Kinderbetreuungsstrukturen (Childcare Incentive Fund), um so die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen, die Entwicklung von Kindern und das Wohlergehen von Familien zu verbessern (2022)

⁴⁹ Die Jahreszahlen hinter den in diesem und dem folgenden Abschnitt aufgeführten Zielen beziehen sich auf den Veröffentlichungszeitpunkt von Erklärungen der Staats- und Regierungschef*innen bzw. sonstigen Veröffentlichungen der G7 (G8), in denen das betreffende Ziel erwähnt wird. Analoge Ziele in politischen Dokumenten werden ebenfalls berücksichtigt.

- G7 Dashboard on Gender Gaps mit Schlüsselindikatoren für eine Reihe von Politikbereichen, die für Fortschritte bei der Geschlechtergerechtigkeit maßgeblich sind, mit regelmäßigem jährlichem Sachstandsbericht (2022)

Politische Zusagen ⁵⁰

G7-Prinzipien zur Stärkung der unternehmerischen Selbstständigkeit von Frauen (2015):

- Erfolgreiche Unternehmerinnen sichtbar machen
- Unternehmerinnen den Zugang zu Finanzierung erleichtern

G7-Leitprinzipien für den Kompetenzaufbau von Frauen und Mädchen (2016):

- Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von Geschlechterstereotypen und Vorurteilen im Bildungsbereich (Entwicklung der diesbezüglichen Fähigkeiten von Lehrern); Ausweitung von Stipendienprogrammen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind (z. B. MINT-Fächer)
- Förderung einer gerechteren Verteilung der unbezahlten Betreuungs- und Hausarbeit, um den Zugang von Frauen zu Bildung und Ausbildung zu verbessern
- Verbesserung von Bildungsprogrammen sowie weitere Strategien, die eine stärkere Beteiligung von Frauen an Führungspositionen im politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, akademischen und öffentlichen Leben ermöglichen
- Verbesserung von Bildungs-, Forschungs- und Förderprogrammen mit dem Ziel, das Bewusstsein für die gesundheitlichen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen zu schärfen; vorrangige Bereitstellung von Gesundheitsdiensten für Frauen (einschließlich der Familienplanung und des Rechts auf gesundheitliche Aufklärung zum Zweck informierter Entscheidungen)
- Verbesserung des schulischen Umfelds: sicherstellen, dass die Schulen gewaltfrei sind, über angemessene, nach Geschlechtern getrennte sanitäre Einrichtungen verfügen, das Lehrpersonal in geschlechtsspezifischen Unterrichtsmethoden geschult ist oder (je nach den jeweiligen Voraussetzungen des Landes) weibliche Lehrerinnen an den Schulen unterrichten
- Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen bei der Verbesserung der Ausbildung von UN-Friedenssicherungspersonal, damit diese auch geschlechtsspezifische Themen umfasst (z. B. sexuelle Gewalt gegen Frauen); Stärkung der Rolle von Gender-Berater*innen beim Militär
- Erhöhung des Anteils von Frauen in der Justiz und im Sicherheitssektor
- Unterstützung von weiblichen Geflüchteten und Opfern von Konflikten und Katastrophen, einschließlich des besseren Zugangs zu rechtlichen und psychosozialen Diensten und Hilfen zum Lebensunterhalt für Opfer von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt

Women's Initiative in Developing STEM Career (WINDS) (2016):

(Förderung einer aktiven Rolle und beruflicher Chancen von Frauen im Bereich der MINT-Fächer)

- Weibliche Vorbilder im Bereich der MINT-Fächer als WINDS-Botschafterinnen sichtbar machen
- Peer-Learning hinsichtlich Förderungsstrategien

G7 Roadmap for a Gender-Responsive Economic Environment (G7, 2017 b)

(Fahrplan für ein an Gleichstellungsfragen orientiertes Wirtschaftsumfeld)

- Umsetzung von Strategien zur Erhöhung des Frauenanteils auf allen Entscheidungsebenen im politischen, wissenschaftlichen und öffentlichen Leben bis 2022; Förderung einer stärkeren Vertretung von Frauen in G7-Delegationen
- Verbesserung des Zugangs von Unternehmerinnen zu Finanzierung bis 2022 (durch die Einrichtung von Garantiefonds und eine bessere Absicherung von Krediten); bis 2020 Investition in Sensibilisierungskampagnen, die Frauen über bestehende Netzwerke und Unterstützungsmöglichkeiten informieren und weibliche Vorbilder sichtbar machen; bis 2020 Umsetzung von Strategien, die Unternehmerinnen bedarfsgerechten Zugang auf Aus- und Weiterbildung sowie Mentoring bieten und die Schaffung von Netzwerken ermöglichen

⁵⁰ Da die politischen Zusagen, die für die Gleichstellung der Geschlechter relevant sind, in erster Linie in separaten G7-Dokumenten enthalten sind und in den Folgejahren nicht immer wiederholt werden, folgt die Auflistung hier der Reihenfolge der ursprünglichen Quellendokumente.

- Bündelung der Beiträge unterschiedlicher Institutionen (darunter UN, OECD, IWF, WBG, IAO und die Europäischen Kommission) mit dem Ziel, eine gemeinsame Methodik zu vereinbaren, mit der sich der Wert unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit bemessen lässt; Entwicklung einer Sensibilisierungskampagne, die zu mehr Aufmerksamkeit dafür sorgt, dass Frauen und Mädchen den überwiegenden Teil der Haus- und Pflegearbeit schultern müssen; Förderung einer gerechteren Aufteilung der Pflege- und Betreuungsaufgaben zwischen Frauen und Männern bis 2020 sowie Sichtbarmachung des Beitrags, den Frauen durch ihre Erwerbstätigkeit zu Einkommen, Rentenlücken und Altersvorsorge leisten; Investitionen in soziale Infrastrukturen, die die häusliche Pflege und Betreuung unterstützen; gegebenenfalls Einbeziehung der Gleichstellung in den gesamten Haushaltsplanungs- und -ausführungszyklus mit dem Ziel, neue Prioritäten in den Bereichen Sozialpolitik und Infrastruktur zu setzen; allgemeine Verfügbarmachung von sozialen Dienstleistungen
- Berücksichtigung und Einbeziehung von Geschlechtergleichstellung in Armutsbekämpfungsstrategien, Entwicklung eines geschlechtsspezifischen, mehrdimensionalen Armutmaßes
- Entwicklung von Strategien und Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sowie Lohn- und Gehaltsgleichheit fördern; Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse; Verbesserung des Zugangs zu Eltern- und Familienurlaub (sofern vorgesehen) für Frauen und Männer; Verabschiedung von Maßnahmen, die die Inanspruchnahme von Elternurlaub durch Väter fördern, bis 2025
- Erhöhung des Frauen- und Mädchenanteils in MINT-Fächern; gegebenenfalls Unterstützung von Universitäten und Forschungsinstituten dabei, die Geschlechterdimension in ihre Lehrpläne zu integrieren
- Umsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen; Entwicklung und Umsetzung von Strategien zur Verhütung von Gewalt, ausgestattet durch angemessene finanzielle und personelle Mittel; Erhebung und Auswertung von Daten zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen; bis 2022 Bereitstellung angemessener finanzieller Unterstützung für Opferschutzeinrichtungen und Frauenorganisationen, die sich gegen Gewalt einsetzen, sowie von Schulungsmaßnahmen für Fachkräfte, die mit Opfern arbeiten; Einführung eines geschlechtersensiblen, humanitären und opferorientierten Ansatzes zur Bekämpfung des Menschenhandels bis 2022; Einsatz für die wirksame und unverzügliche strafrechtlichen Verfolgung aller Personen, die Menschenhandel betreiben

Erklärung von Charlevoix über hochwertige Bildung für Mädchen, heranwachsende Mädchen und Frauen in Entwicklungsländern (2018):

- Verbesserung der Bildungschancen für Geflüchtete; bessere Abstimmung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit; Priorität für besseren Zugang zu hochwertiger Bildung für Mädchen und Frauen in den frühen Phasen humanitärer Hilfsmaßnahmen und friedenskonsolidierender Maßnahmen
- Verbesserung der Verfügbarkeit von geschlechts- und altersspezifischen Daten zur die (Primär-)Bildung und Ausbildung sowie zur Erwerbstätigkeit von Kindern und Jugendlichen in Entwicklungsländern
- Unterstützung von Schulen in Entwicklungsländern, die ein sicheres und zugängliches Lernumfeld bieten; Unterstützung von Entwicklungsländern, die Mädchen und Frauen eine mindestens 12-jährige Schulbildung ermöglichen.

Bekanntnis von Charlevoix zur Beendigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Misshandlung und Belästigung in digitalen Kontexten (2018):

- Förderung von rechtlichen Regelwerken, nationalen Strategien gegen Gewalt, pädagogischen Ansätze beziehungsweise bestehenden Mechanismen, die mit der technologischen Entwicklung Schritt halten
- Erhebung und Veröffentlichung von geschlechts- und altersspezifischen Daten
- Koordination von Anstrengungen und Austausch zu bewährten Verfahren, mit denen verhindert werden kann, dass das Internet für Menschenhandel missbraucht wird

Anhang zur Biarritz-Partnerschaft zur Gleichstellung der Geschlechter, Einzelverpflichtungen Deutschlands (2019):

- Ergänzung des bestehenden „Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ (2015) durch Ausweitung der Verpflichtungen und Einführung von Sanktionen bei Nichteinhaltung; Überwachung und Veröffentlichung von Fortschrittsberichten über die Verpflichtungen im Rahmen des bestehenden Gesetzes

- Umsetzung eines neuen Bundesförderprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“, das u. a. Gruppen, die bisher nur unzureichend unterstützt wurden, leichteren Zugang zu Unterstützung sichert sowie eine Kampagne umfasst, die für das Thema „Gewalt gegen Frauen“ sensibilisiert und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigt
- Umsetzung und Evaluierung des Gute-KiTa-Gesetzes (im Rahmen dessen die Bundesländer bis 2022 bis zu 5,5 Milliarden Euro zur Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung erhalten)
- Umsetzung einer neuen Bundesinitiative für Fachkräfte, die u. a. höhere Ausbildungsvergütungen und bessere Aufstiegsmöglichkeiten in der Frühpädagogik umfasst und die Aus- und Weiterbildung somit attraktiver macht

G20

Allgemeine Ziele ⁵¹

- Förderung eines familienfreundlichen Arbeitsmarktes für Frauen und Männer (2009)
- Förderung guter Arbeitsbedingungen für Frauen (2012, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022)
- Förderung der Lohngleichheit (2012, 2017, 2018, 2020, 2021)
- Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen für Frauen (2012, 2017, 2018, 2019, 2021, 2022)
- Erleichterung des Zugangs zu digitalen Technologien (2022)
- Zugang zur Gesundheitsversorgung, einschließlich der Versorgung zu sexueller und reproduktiver Gesundheit (2021)
- Förderung einer gleichberechtigten Aufteilung der Pflegearbeit (2012, 2019)
- Förderung der finanziellen Teilhabe von Frauen (2012, 2013, 2016, 2017, 2020)
- Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen (2013, 2014, 2015, 2017, 2018, 2019)
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen in ländlichen Gebieten (2015, 2022)
- Verbesserung der Kapazitäten von Akteuren der Lebensmittelversorgungskette mit dem Ziel, die Ernährungssicherheit, insbesondere von Frauen, zu gewährleisten (2022)
- Förderung von Frauen in den Bereichen STI (Wissenschaft, Technologie und Innovation) und MINT (2016, 2017, 2018, 2019, 2021, 2022)
- Förderung von Unternehmerinnen (2016, 2017, 2018, 2019, 2021, 2022)
- Schutz von Frauen vor Gewalt (2017, 2018, 2019)
- Schutz von weiblichen Geflüchteten und Migrant*innen (2017, 2022)
- Förderung des Zugangs von Frauen zu Führungspositionen (2018, 2019, 2020, 2021, 2022)
- Durchgängige Berücksichtigung der Gleichstellung in sämtlichen Politikbereichen (2018, 2020, 2021, 2022)
- Bewusstseinsbildung zur Überwindung von Geschlechterstereotypen (2019)
- Anerkennung der Rolle der Frau bei Konfliktprävention, Friedenssicherung und Sicherheit (2019)

Quantitative Ziele

- Verringerung des Beschäftigungsgefälles zwischen Frauen und Männern in den G20-Ländern um 25 Prozent bis 2025 (unter Berücksichtigung der „nationalen Voraussetzungen“) und Schaffung von 100 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen für Frauen (2014, 2015, 2017, 2018, 2019, 2020)

⁵¹ Die Jahreszahlen hinter den in diesem und dem folgenden Abschnitt aufgeführten Zielen beziehen sich auf den Veröffentlichungszeitpunkt der Communiqués bzw. Erklärungen der Staats- und Regierungschef*innen bzw. sonstigen Veröffentlichungen der G20, in denen das betreffende Ziel erwähnt wird. Analoge Ziele in politischen Dokumenten werden ebenfalls berücksichtigt

Politische Zusagen ⁵²

Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi) (verwaltet von der Weltbank als Sekretariat und Treuhänderin) (2017):

- Förderung von Unternehmerinnen und frauengeführten kleinen und mittleren Unternehmen
- Technische Unterstützung
- Zugang zu Kapital

#eSkills4Girls (2017):

- Aufbau einer Online-Plattform für den Erfahrungsaustausch
- Zusammenarbeit mit Staaten Afrikas
- Förderung von Bildungs- und Beschäftigungschancen
- Förderung des weiblichen Unternehmertums in der digitalen Wirtschaft
- Strategien zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Online-Gewalt
- Erleichterung des Zugangs von Frauen zur Informations- und Kommunikationstechnologie

⁵² Da gleichstellungspolitische Verpflichtungen und Zusagen in erster Linie in separaten G20-Dokumenten enthalten sind und in den Folgejahren nicht immer wiederholt werden, folgt die Auflistung hier der Reihenfolge der ursprünglichen Quelldokumente.

Anhang 2: Politische Dokumente der G7/8 und G20 von 2009 – 2022 ⁵³

Erklärungen der Staats- und Regierungschef*innen der G7/8:

G8 Italien. (2009). **Gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft. 8.-10. Juli 2009.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/389190/03fd4673a1bcf68bae8ccebe70fb7eab/g8-erklaerung-aquila-2009-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G8 Kanada. (2010). **G8-Erklärung von Muskoka. Erholung und Neuanfang. 25./26. Juni 2010**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/389156/3a2ea76f96f3a38bb8d8cdf6c3724a79/g8-erklaerung-muskoka-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G8 Frankreich. (2011). **G8-Erklärung von Deauville. Erneutes Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie. 26./27. Mai 2011.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/389086/06fb011b2fc2f643fb91455ddc100baf/g8-gipfelerklaerung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G8 USA. (2012). **Erklärung von Camp David. 18./19. Mai 2012.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/389006/af6f96b5237883fc6bf209324cce674d/g8-camp-david-gipfelerklaerung-deutsch-data.pdf?download=1>

– letzter Zugriff 22.05.2023

G8 Großbritannien. (2013). **Erklärung von Lough Erne. 17./18. Juni.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/388922/e0ee2049c020b12c2fe2c1d5e93bd2cf/g8-lough-erne-erklaerung-de-data.pdf?download=1>

– letzter Zugriff 22.05.2023

G8 Belgien. (2014). **Erklärung des G7-Gipfels von Brüssel. 4./5. Juni 2014** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/388820/386835bb34c74112531f439844946e83/g7-2014-06-05-abschluss-de-data.pdf?download=1>

– letzter Zugriff 22.05.2023

G7 Deutschland. (2015). **Think Ahead. Act Together. An morgen denken. Gemeinsam handeln. 7./8. Juni 2015.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/398758/d094db1267c076c243be8996ec749e9f/2015-06-08-g7-abschluss-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G7 Deutschland. (2015). **„G7-Prinzipien zur Stärkung der unternehmerischen Selbstständigkeit von Frauen“ Annex zur Abschlusserklärung G7-Gipfel, 7.– 8. Juni 2015. S. 1.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/398768/9ca086ffa2a7095d62c82e036f174a2f/2015-06-08-g7-abschluss-annex-deu-data.pdf?download=1>

– letzter Zugriff 22.05.2023

G7 Japan. (2016). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 in Ise Shima. 26./27. Mai 2016.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/475132/96cfc8def1c47a27360c7b574be09229/2016-05-27-g7-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G7 Japan. (2016). **G7 Initiative on Women and STEM. Women's Initiative in Developing STEM Career (WINDS).**

<https://www.mofa.go.jp/files/000159926.pdf> – letzter Zugriff 22.05.2023

⁵³ In diesem Abschnitt werden alle Erklärungen der Staats- und Regierungschef*innen für den betreffenden Zeitraum sowie weitere politische Dokumente aus dem G7/8- und G20-Prozess aufgeführt, die Ziele in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter enthalten.

- G7 Japan. (2016). **Guiding Principles for Capacity Building of Women and Girls.** <https://www.mofa.go.jp/files/000160274.pdf> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Italien. (2017). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G7 von Taormina. 26./27. Mai 2017.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/475066/012e87d89c8cff66b2656c8f054f77b2/2017-05-27-g7-erklaerung-abschluss-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Italien. (2017). **Roadmap for a Gender-Responsive Economic Environment.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/475094/ea18a50c780b2cb06dd84693c4fe4328/2017-05-26-g7-roadmap-gender-en-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 2018 (2018). **Kommuniqué des G7-Gipfels von Charlevoix. 8./9. Juni 2018.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1142186/3aba8ac7c920234ed8e7b8e190cf7783/2017-05-27-g7-erklaerung-final-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Kanada. (2018). **Bekanntnis von Charlevoix zur Beendigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Misshandlung und Belästigung in digitalen Kontexten.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1142198/0e635c82926c4f6a53b14a010f74c5b0/2018-06-09-g7-kanada-violence-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Frankreich. (2019). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7. 24./25./26. August 2019.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1664104/44071b3fa2011c5bef1d8e06355b5be9/2019-08-26-g7-biarritz-abschlusserklaerung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Frankreich. (2019). **Annex for the Biarritz Partnership on Gender Equality.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1664602/f5c24325f21c1f3d0785dd66514a39f8/2019-08-28-g7-biarritz-annex-gender-equality-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Frankreich. (2019). **Erklärung zur Gleichstellung der Geschlechter und Teilhabe von Frauen.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1664392/51793f1846cff3a90f1073cd9d9e7f16/2019-08-27-g7-gleichstellung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Japan. (2020). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G7 vom 16. März 2020.** <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/erklaerung-der-staats-und-regierungschefs-der-g7-vom-16-maerz-2020-1731004> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Großbritannien. (2021). **Kommuniqué des G7-Gipfels von Carbis Bay.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1928210/c63ddfaa5f049f3e3c15c49ef89e76f9/2021-06-13-g7-abschlusserklaerung-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G7 Deutschland. (2022). **Kommuniqué der G7 Staats- und Regierungschefs. 26-28 Juni 2022.** <https://www.g7germany.de/resource/blob/974430/2059932/ea93246b5d88fc4acefadffa93d4918d/kommuniqu%C3%A9-g7-arbeitsuebersetzung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

Erklärungen der G20–Staats- und Regierungschef*innen:

- G20 Großbritannien. (2009). **Londoner Gipfeltreffen – Erklärung der Staats- und Regierungschefs. 2. April 2009.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/475006/29637f5cd6cd59cff55f3fe70fbb8d47/g20-erklaerung-london-2009-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Vereinigte Staaten. (2009). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs. Gipfeltreffen in Pittsburgh. 24./25. September 2009.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/474982/ba28f22bea0df3b25bee209cd62f936/g20-erklaerung-pittsburgh-2009-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Kanada. (2010). **G20-Gipfeltreffen in Toronto. Erklärung. 26./27. Juni 2010.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/474952/dd193c42df8f0b053313eb00cc3dbc6d/g20-gipfel-toronto-erklaerung-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Südkorea. (2010). **G20-Gipfeltreffen in Seoul. Erklärung der Staats- und Regierungschefs. 11./12. November 2010.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/474888/065e6798fae078d437e108715729bf6a/g20-seoul-gipfelerklaerung-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Frankreich. (2011). **Abschlussklärung des Gipfeltreffens von Cannes. 3./4. November 2011.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474826/8516022644bb336e98b0e961c1cfbd27/g20-cannes-abschlusslerklaerung-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Mexiko. (2012). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20. 18./19. Juni 2012.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474782/44d481341bb85f421f9b3d9613026d39/g20-loscabos-gipfelkommunik%C3%A9-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Russland. (2013). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20. 5./6. September 2013.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474718/07679df98de1a4fd2aa6df028c9f49a8/g20-erklaerung-petersburg-2013-de-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Australien. (2014). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G20. 15./16. November 2014.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474666/c01a60ccb9e5822b0219511e86066762/2014-g20-abschlusslerklaerung-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Türkei. (2015). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G20. 15./16. November 2015.**
<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474646/1d3e03a398fa0c21a9d8665531bc7a8c/2015-g20-abschlusslerklaerung-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 China. (2016). **Kommuniqué der Staats- und Regierungschefs der G20. 4./5. September 2016.** <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/474586/b08478c23e68010fd5b8982dea1b89d5/2016-09-04-g20-kommuniquede-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Deutschland. (2017). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs. Eine vernetzte Welt gestalten. 7./8. Juli 2017.**
https://www.g20germany.de/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/G20-Abschlusslerklaerung___blob=publicationFile&v=7.pdf – letzter Zugriff 22.05.2023
- G20 Deutschland. (2017). Anhang: **G20 Initiative „#eSkills4Girls“. Eine neue Zukunft für Frauen und Mädchen in der digitalen Wirtschaft.** https://www.g20germany.de/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/2017-g20-initiative-eskills4girls-de___blob=publicationFile&v=4.pdf – letzter Zugriff 22.05.2023

G20 Deutschland. (2017). **Women Entrepreneurs Finance Initiative**. https://www.g20germany.de/Content/DE/_Anlagen/G7_G20/2017-g20-womens-entrepreneurship-facility-en__blob=publicationFile&v=4.pdf – letzter Zugriff 22.05.2023

G20 Argentinien. (2018). **Erklärung der G20-Staats- und Regierungschefs. Einen Konsens über eine faire und nachhaltige Entwicklung herbeiführen. 30. November/1. Dezember 2018.**

<https://www.bundeskanzler.de/resource/blob/1830100/1556456/b9ada57bdbca672b465bcad161d05550/2018-12-01-g20-abschlusserklaerung-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G20 Japan. (2019). **Erklärung von Osaka der Staats- und Regierungschefs der G20. 28./29. Juni 2019.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1980572/14041148ab19a113a85acf79cd36083d/2021-11-11-g20-osaka-deutsch-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G20 Saudi-Arabien. (2020). **Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20. 21./22. November 2020.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/976074/1818766/c967c6d02a4015f3cfeafa326ec45936/2020-11-22-g20-erklaerung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G20 Italien. (2021). **Erklärung von Rom der Staats- und Regierungschefs der G20. 30./31. Oktober 2021.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/1973790/36e20918c0d4c0ee4fb9d2f10bd93cd2/2021-10-31-g20-erklaerung-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

G20 Indonesien. (2022). **Bali-Erklärung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs der G20. 15./16. November 2022.**

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975254/2143372/6ae70c64a05f2e210b735d42458850fd/2022-11-16-declaration-g20-deu-data.pdf?download=1> – letzter Zugriff 22.05.2023

